



Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg



Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellenspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Vorwort	4
Dokumentensammlung	8
Befehl zur Absicherung der Kommunalwahl	9
Maßnahmeplan	11
IM-Bericht	19
Bericht zu aufgefundenen Handzetteln	20
Fahndungsinformation	25
IM-Berichte	29
Vorbereitung der Kommunalwahl in Gadebusch	32
Information der KD Anklam	35
Wahleingaben im Bezirk Rostock	36
Anonymer Anruf in der KD Hagenow	40
Bericht zu Sicherungsmaßnahmen der BV Schwerin	43
IM-Berichte	44
Einschätzung des Wahlverlaufs in Gadebusch	53
Reaktionen zur Kommunalwahl in Greifswald	54
Bericht zur Kommunalwahl in Neubrandenburg	58
Abschlussbericht zur Kommunalwahl der BV Schwerin	63
Anhang	68
Abkürzungsverzeichnis	69
Stasi-Unterlagen-Archiv	73
Dokumentenhefte	77
Quellennachweis	78



Abb. 1
Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner,
Bild 89_0507_DDR-Wahlen_07

Vor 25 Jahren, am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer und mit ihr die gesamte innerdeutsche Grenze. Wenn die Grenzöffnung der DDR auch wie ein spontanes Ereignis erscheint, so war sie doch das Ergebnis der anhaltenden Krise und der massiven Proteste der Bevölkerung.

Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre lag das politische und wirtschaftliche System der DDR am Boden. Immer mehr Menschen kehrten ihrem Land den Rücken. Viele derer, die blieben, brachten ihre Unzufriedenheit deutlicher denn je zum Ausdruck. Die Veränderungen in Polen und in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow gaben ihnen Mut und Hoffnung auf einen Wandel auch in der DDR.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR wieder aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front in einer Scheinwahl ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit „Ja“ zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein „Nein“ musste jeder einzelne Kandidat sauber waagrecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Doch jede Art von Ablehnung war von der SED-Parteiführung nicht vorgesehen und wurde von den Getreuen registriert. Ebenso wie das Aufsuchen der obligatorisch aufgestellten Wahlkabine. Was dem Wahlgang im Volksmund den Beinamen „Zettelfalten“ eintrug.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren Vorwürfe der Wahlfälschung über „Westmedien“ erstmals öffentlich geworden.



2



3

Abb. 2
Foto: BArch, BV Dresden, Abt. XX,
Nr. 10055, S. 8

Abb. 3
Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner,
Bild 89_0507_POL_Wahlen_13

Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten. Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit fanden in etwa 1 000 Wahllokalen die Stimmenauszählungen unter ihrer Teilnahme statt.

Die Art und Weise der Wahlfälschung war vielfältig. Einerseits wurden Ausreiseantragsteller, bekannte Oppositionelle und Nichtwähler bei vorangegangenen Wahlen vorsorglich durch die Wahlkommission aus den Wählerlisten gestrichen. Somit tauchten diese in der Gesamtwählerzahl gar nicht erst auf. Andererseits existieren Berichte, auch von inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi, darüber, dass zum Beispiel durch Wahlleiter der Wahlakt für Nichtwähler vorgenommen wurde. Bei den Auszählungen der Stimmen am Wahlabend stellten die Beobachter eine deutlich geringere Wahlbeteiligung und eine wesentlich höhere Zahl an Gegenstimmen fest, als später öffentlich bekanntgegeben wurde. Eine besondere Rolle kam dabei den Sonderwahllokalen zu. Schon im Vorfeld der Wahl gab dort ca. ein Drittel der Wahlberechtigten ihre Stimmen ab. Zur Auszählung dieser Stimmen erhielten die Kontrolleure meist keinen Zutritt.

Am Abend gab der Vorsitzende der Wahlkommission, Egon Krenz, das offizielle Wahlergebnis bekannt. Die Wahlbeteiligung lag demnach bei knapp 99 Prozent und der Anteil der Gegenstimmen bei ca. 1 Prozent. Diese wie auch die Veröffentlichungen an den Folgetagen deckten sich in keiner Weise mit denen der Beobachter bei den Stimmenauszählungen. Der Verdacht der flächendeckenden Wahlfälschung war erhärtet. Durch die Veröffentlichungen der Zahl der Gegenstimmen in den einzelnen Wahlkreisen konnte sogar der Beweis erbracht werden.

Die sich anschließenden Proteste gegen die Manipulationen vom 7. Mai 1989 wurden zu einem wichtigen Schritt auf dem Weg zum Ende der SED-Diktatur.

Als „Schild und Schwert der Partei“ beobachtete die Staatssicherheit sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kommunalwahlen. Stasi-Minister Erich Mielke erließ dazu den Befehl 6/89. Demnach waren „alle im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen von den Diensteinheiten durchzuführenden Maßnahmen im Rahmen der operativen Aktion unter der Bezeichnung ‚Symbol 89‘ vorzubereiten und durchzuführen ...“.

Die Leiter der jeweiligen Diensteinheiten, so auch die Chefs der Bezirksverwaltungen Rostock, Neubrandenburg und Schwerin, untersetzten diesen Befehl durch entsprechende Anweisungen und Maßnahmepläne.



4

Abb. 4
Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner,
Bild 89_0507_POL_Wahlen_08

Diese regelten die „einheitliche und straffe Leitung“ und legten die konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten fest.

Die überlieferten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes aus dem Zeitraum März bis Juni 1989 dokumentieren die gezielte Informationsbeschaffung und -auswertung zur Verhinderung geplanter Proteste ebenso wie die Ermittlungen zu sogenannten Vorkommnissen, wie z. B. „des Verbreitens von selbstgefertigten Handzetteln“ in mehreren Orten der DDR. Auch der Wahltag selbst wurde unter Kontrolle gehalten. In Auswertung der Kommunalwahl sind Berichte überliefert, die das Wahlverhalten in den Bezirken analysieren sowie die Ermittlung von Wahlbeteiligung und Wahlergebnis darlegen. Sie spiegeln das Stimmungsbild bis in die Wahlgremien hinein wider.

Die vorliegende Broschüre gibt einen Einblick in die Maßnahmen der Stasi zur „Sicherung“ der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen sowie deren Auswertung in den drei Nordbezirken der DDR. Die ausgewählten Dokumente entstammen den Archiven des Stasi-Unterlagen-Archivs in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

Dokumentensammlung

B4120

UT28
Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Rostock
Leiter

Rostock, 30. März 1989

**BSTU
0001**

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-c001
BSt-Nr.: 97/89
16 Aust. Bl. 1 bis -

Dienstleistungen
Leiter

Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den
Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksver-
sammlungen und Gemeindevertretungen sowie von Veranstaltungen
anlässlich des 1. und 8. Mai 1989

Zur Gewährleistung einer hohen staatlichen Sicherheit sowie
öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Vorbereitung und
Durchführung der Kommunalwahlen sowie während der anlässlich
des 1. und 8. Mai 1989 stattfindenden Veranstaltungen hat
der Genosse Minister den Befehl Nr. 6/89, VVS 0008 - 17/89,
erlassen.

Gemäß Befehl Nr. 6/89 sind alle im Zusammenhang mit den
Kommunalwahlen von den Dienstleistungen durchzuführenden
Maßnahmen im Rahmen einer operativen Aktion unter der Be-
zeichnung

"Symbol 89"

vorzubereiten und durchzuführen.
In die operative Aktion sind die zeitlich angrenzenden opera-
tiven Einsätze zur Sicherung der Veranstaltungen anlässlich des
1. und 8. Mai 1989 einzubeziehen:

- operativer Einsatz zum 1. Mai, "Nelke 89"	30. 04. 1989, 08.00 Uhr - 02. 05. 1989, 08.00 Uhr
- operative Aktion zu den Kommu- nalwahlen, Aktion "Symbol 89"	06. 05. 1989, 08.00 Uhr - 08. 05. 1989, 08.00 Uhr
- operativer Einsatz zum 8. Mai	08. 05. 1989, 08.00 Uhr - 09. 05. 1989, 08.00 Uhr.

Zur Durchsetzung des Befehls Nr. 6/89 in der Bezirksverwaltung
Rostock

weise ich an:

Zur einheitlichen und straffen Leitung der zu realisierenden
Aufgaben und Maßnahmen wird für die Dauer der operativen Aktion
"Symbol 89" und des operativen Einsatzes "Nelke 89" in der

- 2 -

BSTU
0002

Bezirksverwaltung ein operativer Einsatzstab (OES) in folgender Zusammensetzung gebildet:

Leiter:	Oberst Amthor	1. Stellv. des Leiters der BV
Mitglieder:	OSL Klawun	Leiter der Abt. XX
	OSL Gaaske	Leiter der Abt. VI
	OSL Hofmann	Leiter der Abt. VII
	OSL Mährlitz	Leiter der Abt. IX
	Oberst Riedel	Leiter der Abt. XVIII
	OSL Stolle	Leiter der Abt. XIX
	Oberst Jahr	Leiter der Abt. Hafen
	OSL Oestreich	Leiter der AKG
	OSL Geldschläger	Leiter der BKG
	Oberst Becker	Leiter der KD Rostock

Im Aktionszeitraum werden Mitglieder des OES als Diensthabende eingesetzt (Dienstzimmer 284, Tel. 2020).

Zur Gewährleistung der Dienstfähigkeit während der operativen Aktion "Symbol 09" und des operativen Einsatzes "Nelke 89" haben

- die Leiter der Kreisdienststellen die "volle Dienstbereitschaft" gemäß Ziffer 11, Absatz 3, der Anweisung Nr. 1/89 des Genossen Minister und
- die Leiter aller weiteren Dienstseinheiten die "Dienstbereitschaft" gemäß Ziffer 11, Absatz 2, der Anweisung Nr. 1/89 des Genossen Minister

zu sichern.

Die Leiter der AKG und der Abteilung XII haben die sofortige Auskunftsfähigkeit ihrer Dienstseinheit zu sichern.

Der Leiter der Abteilung Finanzen hat auf Anforderung der Leiter der Dienstseinheiten für Angehörige, die zur politisch-operativen Sicherung der Kommunalwahlen sowie der Veranstaltungen zum 1. Mai 1989 mehr als 12 Stunden am Tag eingesetzt wurden, die Zahlung von 6,50 Mark Verpflegungszulage zu veranlassen.

Alle nicht zum Einsatz kommenden Mitarbeiter der Dienstseinheiten haben mit ihren Angehörigen an den Demonstrationen bzw. Kundgebungen anlässlich des 1. Mai teilzunehmen und durch offensives sowie kluges tschekistisches Verhalten und Auftreten zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung beizutragen.

[Handwritten Signature]
Generalmajor

Rücksendetermin: 15.6.1989
an Abt. Bdl/Dok.

BSTU
0001

D4098

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Rostock
Leiter

Rostock, 26. Januar 1989

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-0001
BVIS Rst-Nr.: 35/89
1. Ausf. Bl. 1 bis 11

Dienstseinheiten
Leiter

M a ß n a h m e p l a n

zur politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen

Auf Beschluß des Staatsrates der DDR finden am 7. 5. 1989 die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen (nachfolgend Wahlen genannt) statt. Gleichzeitig werden die Direktoren, Richter und Schöffen der Kreisgerichte gewählt.

Die Wahlen stellen einen bedeutenden politischen und gesellschaftlichen Höhepunkt im 40. Jahr des Bestehens der DDR dar.

Nach bisherigen ersten Hinweisen beabsichtigen bekannte negativ-feindliche Kräfte,

- eigene Kandidaten für die Kandidatenliste aufzustellen,
- Forderungen nach Reformen des Wahlsystems in der DDR zu stellen,
- als Antragsteller auf ständige Ausreise bei Wählerforen die Unterstützung ihrer ständigen Ausreise zu fordern,
- an Stimmenauszählungen teilzunehmen und
- vor Wahllokalen mit Transparenten mit Forderungen nach "Glasnost" und "Perestroika" aufzutreten.

Zur Gewährleistung der politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen

w e i s e i c h a n :

1. Zur rechtzeitigen politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und aller damit im Zusammenhang stehenden Aktivitäten haben die Leiter der operativen Dienstseinheiten auf der Grundlage der Dienstweisung Nr. 1/85 des Genossen Minister zur politisch-operativen Sicherung von Veranstaltungen (VVS 5/85) unter Berücksichtigung der aktuellen Lagebedingungen im Verantwortungsbereich sowie der politisch-operativen Erfahrungen und Erkenntnisse ins-

2

BSTU
0002

besondere aus der operativen Aktion "Symbol 86" alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und durchzusetzen.

Unter Nutzung aller geeigneten offiziellen und inoffiziellen Kräfte und Möglichkeiten sind folgende Aufgaben zu lösen:

- Gewährleistung einer hohen staatlichen Sicherheit und Ordnung im Verantwortungsbereich;
- Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden feindlich-negativer Kräfte, die sich gegen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen richten, insbesondere von
 - . Personen, die bereits bei politischen und gesellschaftlichen Höhepunkten mit demonstrativ-provokatorischen u. a. feindlich-negativen Handlungen in Erscheinung getreten sind;
 - . Personen, die hartnäckig als Antragsteller auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und nach Westberlin in Erscheinung treten, vor allem jene, die sich in Gruppierungen zusammengeschlossen haben;
 - . reaktionären Kirchenkreisen, Vertretern der sogenannten Kirche von unten und in "Friedenskreisen" sowie "Ökologiegruppen" und in ähnlichen Gruppierungen organisierten negativen Kräften;
 - . kriminellen und kriminell gefährdeten sowie negativ dekadenten Jugendlichen, vor allem Gruppierungen unter Punkern und Sympathisanten von Skinheads;
 - . Personen, die ständig ungerechtfertigte bzw. nicht realisierbare Forderungen an staatliche Organe stellen;
 - . politisch-operativ zu beachtenden Nichtwählern oder Personen, denen gemäß § 5 des Wahlgesetzes das Wahlrecht entzogen wurde, oder bei denen das Wahlrecht ruht;
- umfassende politisch-operative Einschätzung der Reaktionen und Verhaltensweisen von Personen, die operativ bearbeitet werden, sowie der Zielpersonen des Gegners, insbesondere klerikaler Kräfte, Kunst- und Kulturschaffender, Angehöriger der medizinischen und technischen Intelligenz und der studentischen Jugend;
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in allen Objekten und Einrichtungen, die zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen genutzt werden;

BSTU
0003

3

VVS Rst o001 - 35/89

- konsequente Aufklärung von anonymen Drohungen, die sich gegen Abgeordnete und Kandidaten, Wahllokale sowie andere bedeutsame Objekte richten, entsprechend meiner DA 2/87 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung, operativen Bearbeitung und Bekämpfung von operativ bedeutsamen Gewaltakten (GVS 419/87);
- vorbeugende Verhinderung und sofortige Bearbeitung von Delikten der schriftlichen und mündlichen staatsfeindlichen Hetze sowie von anderen feindlich-negativen Handlungen, insbesondere öffentlichkeitswirksamen feindlichen Aktivitäten, die sich gegen die Wahlen richten;
- Verhinderung von Rowdytum und anderen von negativ-dekadenten und kriminell gefährdeten jugendlichen Personen, Personengruppen sowie von Jungwählern aus diesen Kreisen geplanten oder beabsichtigten Störungen;
- Gewährleistung eines abgestimmten operativen Zusammenwirkens mit der DVP im Verantwortungsbereich und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Staatsorganen zur rechtzeitigen Durchsetzung aller notwendigen sicherheitspolitischen Erfordernisse, insbesondere zur Sicherung des Drucks, der Lagerung, des Transports und der Vernichtung der Wahlunterlagen, der Auswahl von Kandidaten für die Wahlen und des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte in den Wahlbüros und Wahllokalen;
- die Durchführung erforderlicher Speicherüberprüfungen (Abteilung XII, VSH in territorial und objektmäßig zuständiger Dienst Einheit) zu den Personen, die vor bzw. während der Wahl zum Einsatz kommen;
- Überprüfung der vorgesehenen Kandidaten für die Wahlen auf ihre politische Zuverlässigkeit und moralische Eignung zur Wahl als Volksvertreter;
- politisch-operative Einflußnahme auf die staatlichen Organe und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen, Maßnahmen der Sichtagitation so durchzuführen, daß Beschädigungen durch mutwilliges Zerstören oder Naturereignisse weitgehend auszuschließen sind;
- politisch-operative Einflußnahme zur Sicherung der Wahlhandlungen in den Objekten des Verantwortungsbereiches, in welchen eigene Wahlbezirke gebildet werden (einschließlich der Objekte des Hoch- und Fachschulwesens sowie des Gesundheitswesens);
- Gewährleistung der technischen Überprüfung der Wahllokale und Sonderwahllokale und anderer für die Wahl zeitweilig genutzter Objekte sowie Einleitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Bränden, Havarien bzw. besonders öffentlichkeitswirksamer negativer Vorkommnisse durch konsequente Durchsetzung der Rechtsvorschriften;

4

BSTU
0004

- Einleitung von Kontrollen im Zusammenwirken mit der DVP zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in Waffen-, Munitions- und Giftlagern;
 - Gewährleistung der zuverlässigen Sicherung von Ehrenmalen und Gedenkstätten und wichtigen öffentlichen Gebäuden;
 - Einflußnahme auf staatliche Organe, Betriebe und Einrichtungen zur kurzfristigen Bearbeitung der Eingaben, die im Zusammenhang mit den Wahlen zu beachten sind.
2. Die Leiter nachstehend genannter Dienstseinheiten sind für die Lösung folgender spezifischer Aufgaben verantwortlich:

AKG

- Gewährleistung der Gesamtübersicht und ständigen Auskunftsfähigkeit über die Entwicklung der politisch-operativen Lage im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im Bezirk.

Dazu ist eine personenbezogene Übersicht über alle operativ bedeutsamen Hinweise auf beabsichtigte öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten bzw. auf andere Handlungen, die sich gegen das politische Anliegen und den störungsfreien Verlauf der Wahlen richten, sowie über den Stand der Klärung aller operativ bedeutsamen Hinweise zu führen.

- Erarbeitung von Informationen an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED sowie leitende Funktionäre des Staatsapparates in enger Zusammenarbeit mit den operativen Dienstseinheiten.

Abteilung XX

- Federführende Einflußnahme auf die Einleitung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen zu beabsichtigten Aktivitäten innerer und äußerer feindlich-negativer Kräfte mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit im Zusammenhang mit den Wahlen;

BSTU
0005

5

VVS Rst o001 - 35/89

- Gewährleistung einer ständigen Verbindung zum Bezirkswahlbüro zur Wahrnehmung und Durchsetzung der politisch-operativen Aufgaben und Interessen des MfS sowie zur Informierung meines 1. Stellvertreters über die in diesem Gremium vorbereiteten Entscheidungen und Gewährleistung der politisch-operativen Sicherung des Bezirkswahlbüros;
- politisch-operative Sicherung der Massenmedien (Fernsehen der DDR, Ostseestudio Rostock, und Radio DDR, Sender Rostock) und Einleitung politisch-operativer Maßnahmen zur Sicherung des Druckes der Wahlunterlagen im VEB "Ostseedruck" Rostock.

Abteilung VII

- Politisch-operative Einflußnahme auf die BDVP zur konsequenten Durchsetzung einer hohen öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen, insbesondere zur
 - . Unterstützung bei der ordnungsgemäßen Aufstellung der Wählerlisten,
 - . Einleitung von Maßnahmen zur schnellen Überprüfung und Aufklärung von Drohungen mit Gewaltakten gegen Abgeordnete und Kandidaten sowie gegen Wahllokale,
 - . Durchsetzung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen, einschließlich des Brandschutzes, zum Schutz der Wahl- und Sonderwahllokale,
 - . Einleitung wirksamer Maßnahmen zur vorbeugenden Bekämpfung von Demonstrativhandlungen und zu Kontrollhandlungen bei Personen, von denen Gefahren und Störungen ausgehen können;
- Abstimmung politisch-operativer Maßnahmen mit der BDVP zur Sicherung der Herstellung, des Transportes und der Aufbewahrung aller Wahldokumente im Zusammenwirken mit den zuständigen Staatsorganen;

6

BSTU
0006

- Einleitung und Durchsetzung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zur Durchführung der Wahlhandlungen in der 2. VP-Bereitschaft Stralsund;
- Einflußnahme auf die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in den Einrichtungen des Strafvollzuges.

Abteilung II

- Einleitung politisch-operativer Maßnahmen zur Kontrolle der sich im Bezirk aufhaltenden akkreditierten ständigen sowie Reisekorrespondenten nichtsozialistischer und politisch-operativ interessierender Staaten mit dem Ziel, in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen feindlich-negative, die Sicherheit und Ordnung störende Handlungen auf der Grundlage des Befehls Nr. 17/74 des Genossen Minister zu verhindern;
- Gewährleistung des Schutzes der Generalkonsulate der UdSSR und der VR Polen sowie der Handelsvertretung der Republik Kuba in Rostock und Lösung politisch-operativer Aufgaben auf der Grundlage des Befehls Nr. 16/74 des Genossen Minister.

Abteilung VI

- Operative Kontrolle und Filtrierung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs mit dem Ziel der Feststellung operativ bedeutsamer Konzentrationen und sich entwickelnder Schwerpunkte bzw. Gefahrenmomente.

Abteilung XIX

- Organisierung politisch-operativer Sicherungsmaßnahmen im Post- und Fernmeldewesen mit dem Ziel der Gewährleistung stabiler Nachrichtenverbindungen zur Datenübertragung in das Wahlrechenzentrum sowie störungsfreier Rundfunk- und Fernsehübertragungen;
- Einleitung und Durchsetzung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen zur Sicherung der Wahlhandlungen in der 1. Kompanie der Transportpolizei Bad Kleinen.

BKG

- Einleitung und Organisierung aller erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer provokativer Handlungen von Antragstellern auf ständige Ausreise im Zusammenhang mit den Wahlen.

BSTU
0007

7

VVS Rst o001 - 35/89

Kreisdienststellen

- Sofortige Herstellung der Verbindung zu den Leitern der Wahlbüros;
 - politisch-operative Sicherung der Wahl- und Sonderwahllokale; durch politisch-operative Einflußnahme ist zu sichern, daß nur geeignete Objekte ausgewählt werden;
 - Verhinderung der Aufstellung und Bestätigung feindlicher und politisch unzuverlässiger Personen als Kandidaten für die Wahlen; besonders komplizierte Fälle sind mir mitzuteilen;
 - Einleitung umfassender politisch-operativer Maßnahmen zur Sicherung des Druckes der Wahlunterlagen in Betriebsteilen des VEB "Ostseedruck" Rostock in Wismar, Ribnitz, Stralsund und Putbus;
 - Sicherstellung aller mit Hetzlosungen beschrifteten bzw. gefälschten Wahldokumente und Einleitung der notwendigen politisch-operativen Maßnahmen, insbesondere zur Personifizierung der Schrifturheber;
 - politisch-operative Einflußnahme auf die umfassende Sicherung der zur Ermittlung der Wahlergebnisse zum Einsatz vorgesehenen Rechentechnik sowie sicherheitspolitische Überprüfung der Einsatzkräfte in den Kreiswahlbüros bis zum 1. 2. 1989;
 - ständige Informierung der 1. Sekretäre der Kreisleitungen über alle negativen Erscheinungen/Vorkommnisse im Zusammenhang mit den Wahlen.
3. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben auf der Grundlage von Übersichten (Anlage 2) einen ständigen Überblick über alle Hinweise auf geplante feindlich-negative, insbesondere öffentlichkeitswirksame Handlungen, sowie über Aktivitäten, die den demokratischen Charakter der Wahlen in Zweifel stellen, und den Stand ihrer Klärung zu gewährleisten.

Sie haben derartige Handlungen im engen Zusammenwirken mit staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften zurückzudrängen bzw. alle erforderlichen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung einschließlich der operativen Kontrolle und Überwachung feindlich-negativer Personen und Personengruppen einzuleiten und durchzusetzen.

8

BSTU
0008

4. Die Informationsbeziehungen sind unverzüglich entsprechend meiner Dienstanweisung Nr. 1/80 und der Festlegungen zur Regelung der Informationsflüsse bei Operativinformationen vom 1. 12. 1988, Dok. 242/88, zu sichern.

Feindliche Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie politisch-operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen, die im Zusammenhang mit den Wahlen stehen oder für die Einschätzung der politisch-operativen Lage von Bedeutung sind bzw. sein können, sind in Form von Sofort- und Ergänzungsmeldungen dem Leiter der AKG zu übermitteln.

Der Leiter der AKG hat entsprechend dem zentralen Informationsbedarf für 1989, Position 10, VVS 0030 - 382/88, den Leitern der operativen Dienstseinheiten bis zum 28. 2. 1989 den Informationsbedarf zu übergeben.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben auf dieser Grundlage bis zum 18. 4. 1989 und am 7. 5. 1989 an den Leiter der AKG schriftlich zu berichten.

Die Leiter der Kreisdienststellen haben entsprechend der Anlage 3 schriftlich über die Durchführung von Überprüfungsmaßnahmen, und deren Ergebnisse den Leiter der Abteilung XX zu informieren.

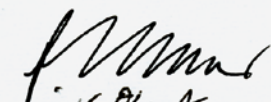
Der Leiter der AKG hat mir die Berichte für den Leiter des Zentralen Operativstabes bis zum 20. 4. 1989 und am 7. 5. 1989 vorzulegen.

Besonders bedeutsame Informationen sind mir sofort mitzuteilen.

Der Leiter der AKG hat mich ständig über die Entwicklung der politisch-operativen Lage im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen zu informieren.

Die Leiter der AKG und der Abteilung XX berichten mir am 20. 4. 1989 über den Stand der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen.

Anlage


Mittag i. V. Oberst
Generalmajor

Rücksendetermin: 31. 5. 1989
an Abt. BdL/Dok.

BSTU 0032

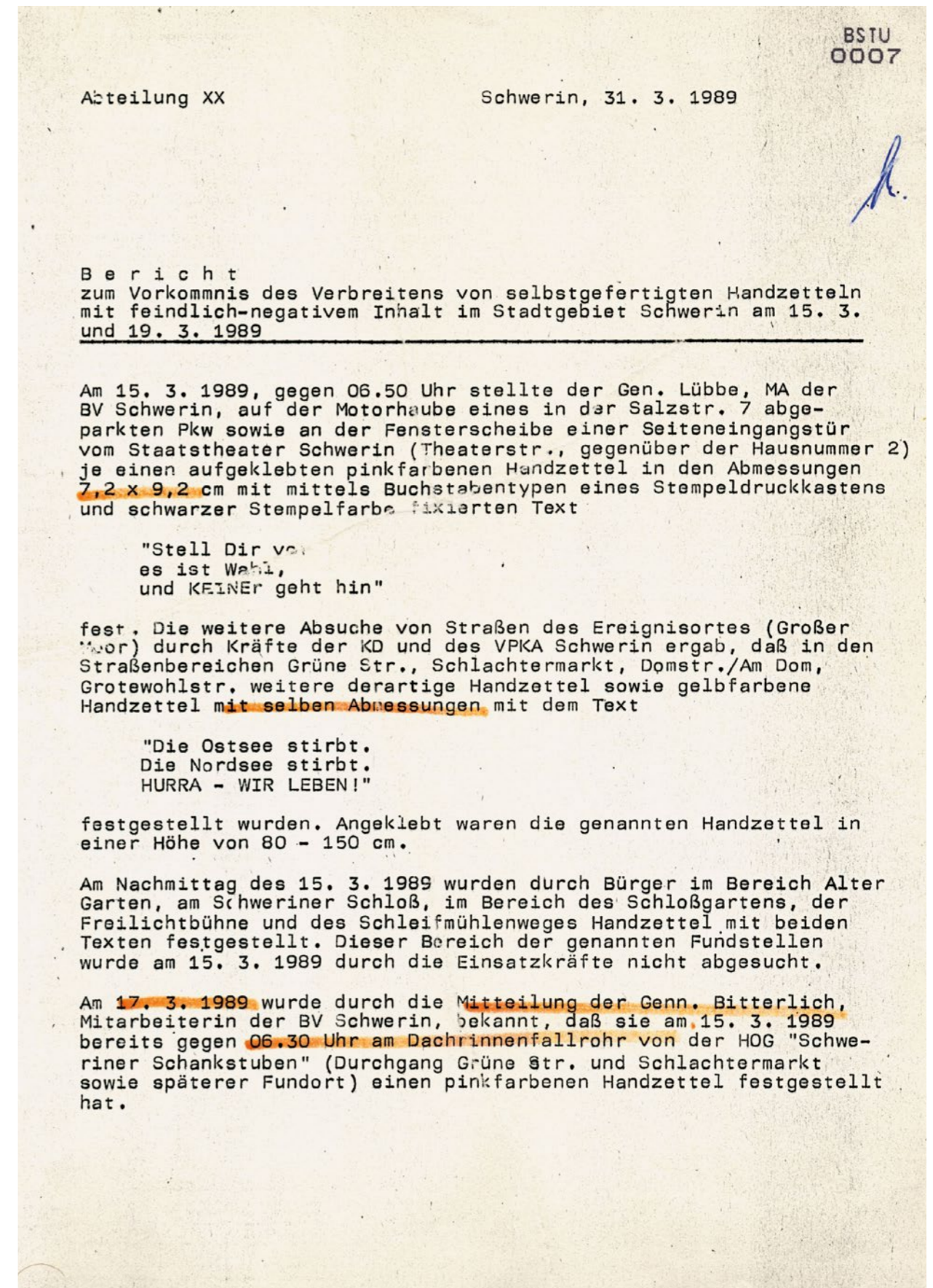
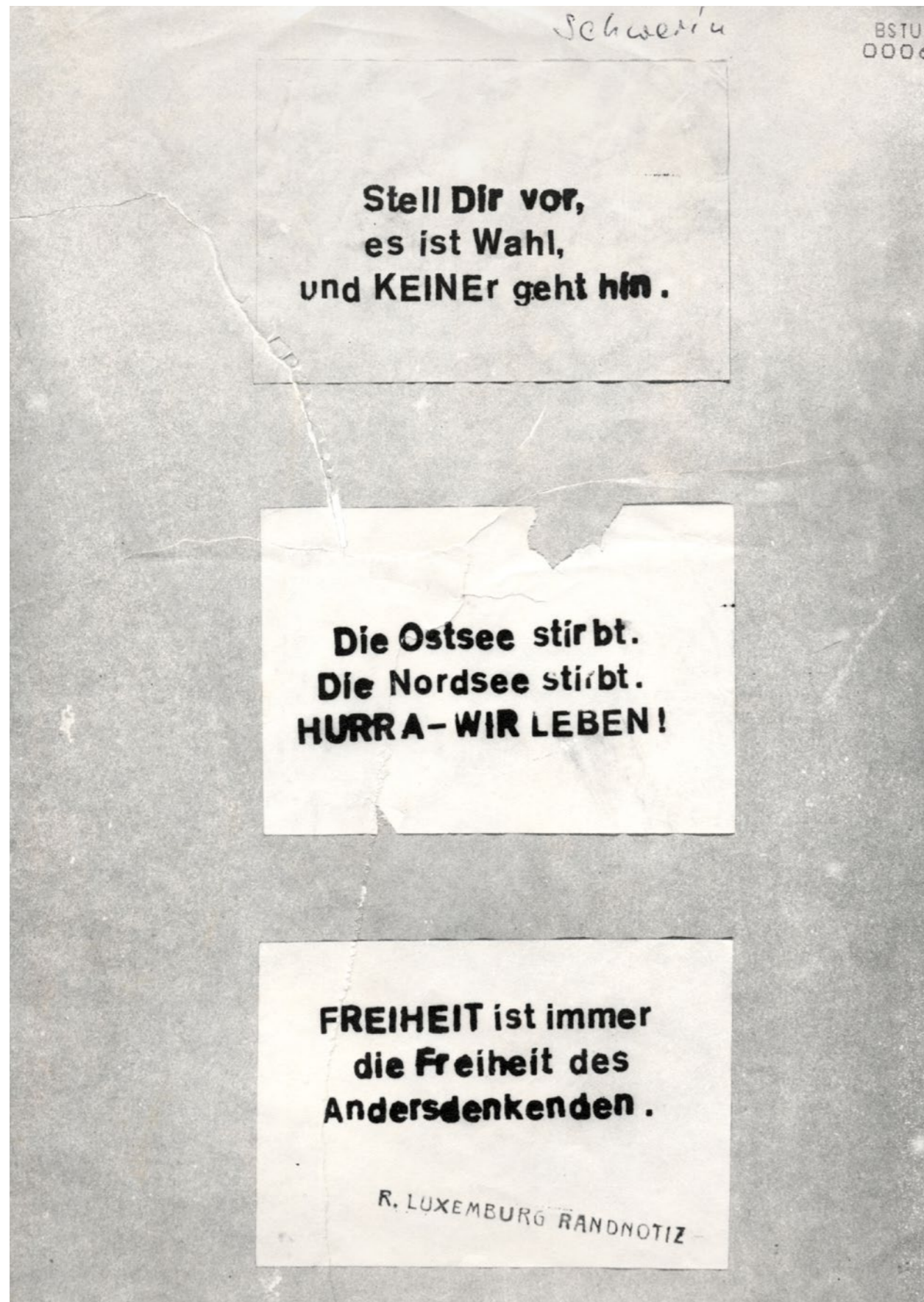
Kreisdienststelle Pasewalk

Pasewalk, 21. 3. 1989

TonbandabschriftQuelle: O IMK/KW "Georg"
entg.: Oltn. BertzStimmungsbericht

In Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 gibt es in der Gemeinde Krackow zahlreiche Gespräche und Meinungsäußerungen von Einwohnern, in denen der Unmut über die ungenügende Öffentlichkeitsarbeit zum Ausdruck gebracht wird. So z. B. wird schwerpunktmäßig darüber diskutiert, daß nicht einmal eine öffentliche Vorstellung der zur Wahl vorgesehenen Kandidaten erfolgt ist. Es wurde lediglich am 16. 3. 89 in der Gemeinde eine erweiterte Beratung des Ortsausschusses der Nationalen Front durchgeführt, an der geladene Gäste teilnahmen. U. a. anwesend war auch der Mitarbeiter des Rates des Kreises Pasewalk [REDACTED]. Während dieser Veranstaltung wurden lediglich die Kandidaten namentlich vorgestellt. Es wurden keine eigenen Ausführungen durch die Kandidaten getätigt bzw. erfolgten keinerlei Fragestellungen an die Kandidaten. Neben den erwähnten Gesprächen unter der Bevölkerung wird auch darüber diskutiert, daß die Wahlvorbereitung mit unlauteren Mitteln und Methoden erfolgen soll. So z. B. werden durch den Mandatsträger Kandidaten aufgestellt, die entweder gar nicht dieser Massenorganisation angehören wie z. B. VdgB bzw. die kurzfristig in diese Organisation aufgenommen wurden z. B. DFD. Es wird von vornherein erwartet, daß durch derartige Kandidaten bzw. spätere Volksvertreter keine aktive gesellschaftliche Arbeit geleistet wird.

gespr. "....."



BSTU
0008

2

An dieser Fundstelle bemerkte sie zur besagten Zeit eine weibliche Person, die nach den von der Genn. Bitterlich geschilderten Verhaltensweisen den Handzettel gerade an das Dachrinnenfallrohr angebracht haben könnte (siehe Protokoll der Genn. Bitterlich zum Feststellungsergebnis und zur Personenbeschreibung).

Am 19. 3. 1989, gegen 21.30 Uhr wurde durch den Bürger

██████████
Mitarbeiter Rat der Stadt Schwerin

Tel. ██████████

der DVP bekannt, daß in der Schäferstr. 41 an der Hauseingangstür ein pinkfarbener Handzettel mit dem Wortlaut "Stell Dir vor es ist Wahl, und KEINER geht hin" angebracht ist. Durch Einsatzkräfte der DVP konnten nachträglich durch Absuche und Befragen in der Feldstraße an den Hauseingangstüren der Nr. 2, 10, 12 und 18 sowie in der Seitenstraße Kehr wieder Nr. 2 im Hausflur angeklebte Handzettel mit den bereits bekannten 2 Texten sowie ein Handzettel im gelblichen Farbton mit dem Wortlaut

"FREIHEIT ist immer
die Freiheit des
Andersdenkenden."
"R. LUXENBURG RANDNOTIZ"

festgestellt werden. Der Wortlaut dieses Handzettels wurde ebenfalls mittels Buchstabentypen eines Stempeldruckkastens und schwarzer Stempelfarbe gefertigt. Die Bemerkung "R. LUXENBURG RANDNOTIZ" wurde nachträglich mit einer Buchstabentypenleiste und der Stempelfarbe lila abgedruckt.

Übersicht der bisherigen Fundstellen - Feststellungszeit 15. 3. 89, 06.30 - 09.00 Uhr:

1. 2750 Schwerin, Salzstr. 7 - Motorhaube des Pkw vom Gen. Kuttrus (einmal pink)
2. 2750 Schwerin, Fensterscheibe von der Seiteneingangstür vom Staatstheater Schwerin, Theaterstr., gegenüber von Nr. 2 (einmal pink)
3. 2750 Schwerin, Kl. Moor 11 - Stahlblechtür vom Verwaltungsgebäude des Meckl. Staatstheaters Schwerin (einmal gelb)

BSTU
0012

6

37. Schwerin, Schleifmühle/Fauler See/Rasenfläche in der Nähe vom Wasserstandspegel - festgestellt am 28. 3. 89, gegen 10.00 Uhr durch Gen. Schwarz, Fritz, Swm, Weinbergstr. 7 (Tel. 83700) (einmal pink)
- Inf. Abt. XV vom 31. 3. 89

38. Schwerin, Rasenfläche an der Straßenkreuzung Lennestr./Stellingstr. (Straßenbahnlinie) - festgestellt am 29. 3. 89, gegen 09.00 Uhr durch Gen. Schwarz, Weinbergstr. 7 (einmal pink)
- Inf. Abt. XV vom 31. 3. 89

Witterungseinflüsse am Papier der Handzettel, TO 37 und 38, lassen erkennen, daß die Verbreitung derselben nicht erst am Feststellungstag 28./29. 3. 89 erfolgte. Es ist zu vermuten, daß die Verbreitung derselben bereits am 15. 3. 89 erfolgte, da im Bereich der Schleifmühle an diesem Tag derartige Handzettel gefunden worden sind.

Insgesamt wurden 39 Handzettel festgestellt, davon 30 pinkfarbene mit der Losung: "Stell Dir vor es ist Wahl, und KEINER geht hin." und 9 gelbe, davon 8 mit der Losung: "Die Ostsee stirbt. Die Nordsee stirbt. HURRA - WIR LEBEN!" und ein gelbfarbener mit der Losung: "FREIHEIT ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. R. LUXENBURG RANDNOTIZ".

Durch die Abt. XX der BV Magdeburg wurde bekannt, daß bereits am 13. 3. 1989 im Zeitraum von 14.00 - 16.00 in mehreren Straßenbereichen an Schaufenstern und Hauseingangstüren der Stadt Stendal sowie am 30. 3. 1989, gegen 08.20 Uhr in mehreren Straßen an Hauseingangstüren in Magdeburg-Nord angeklebte pinkfarbene Handzettel mit gleichem Wortlaut "Stell Dir vor es ist Wahl, und KEINER geht hin" gefunden worden sind.

In Stendal und in Magdeburg wurden jeweils 8 Handzettel gefunden.

Die zu den Vorkommnissen bisher durchgeführten operativen Maßnahmen der Abt. XX und KD Stendal erbrachten keine Hinweise zu tatverdächtigen Personen bzw. über Ort und Zeit der Herstellung der Tattschriften.

Gleiches Ergebnis trifft auf die bisher durch unsere DE im Zusammenwirken mit der KD Schwerin, den operativen DE und der DVP durchgeführten operativen Maßnahmen bzw. abgeprüften Hinweise zu.

BSTU
0013

7

Eine Präzisierung der Fahndungsversion und Richtung ist erst möglich nach dem Vorliegen der Expertisen durch die Abt. 32 und das K I Berlin über auswertbare kriminalistische Spuren (Stempelpkastentyp, Papierart, Daktylsuren, Stempelfarbe und Klebstoff).

Versionsmäßig ist die Fahndung weiterhin auf Personen aus dem feindlich-negativen Personenkreis kirchlicher Ökologie- und Friedensgruppen aus Schwerin und Magdeburg zu konzentrieren und durch den Einsatz inoffizieller/offizieller Potenzen und Möglichkeiten auf tatbezogene Hinweise zu filtern. Vorrangig ist der Teilnehmerkreis des kirchlichen Ökologieseminars vom 12. 3. 1989 in Schwerin zu personifizieren und tatbezogen abzu prüfen. Hierbei sind besonders Personen aus dem Bez. Magdeburg operativ zu beachten, die koordiniert mit der Abt. XX, BV Magdeburg, zu überprüfen sind.

Die erforderlichen Maßnahmen mit der Abt. XX, BV Magdeburg, sind durch die Leiter der Abteilungen XX abgestimmt.

Kunkel
MajorBezirksverwaltung
für Staatssicherheit
DiensteinheitSchwerin
XX

Leiter

Abt. XX
Leiter- Stellv. Operativ
Oberst Reibel

Schwerin 12. 4. 1989

Tgb.-Nr. L/ 684 /89
3460BSTU
000016

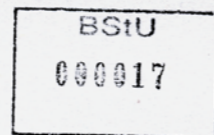
bestätigt

1. Stellvertreter des
Leiters der BVKraisch
OberstFahndungsinformation

Seit dem 15. 3. 1989 treten im Stadtgebiet Schwerins ein oder mehrere unbekannte Täter durch das Verbreiten von selbstgefertigten Flugblättern mittels Stempeldruckkasten in Erscheinung. Insgesamt wurden in bisher 5 Tathandlungen ca. 90 dieser sich vornehmlich gegen die Volkswahl '89 richtenden Handzettel durch Ankleben an Schaufensterscheiben, E-Schaltkästen, Lichtmasten, Hauseingangstüren und in Hausfluren verbreitet.

Zu folgenden Tathandlungen wurden im Stadtgebiet Schwerins derartige Flugblätter festgestellt:

- 15. 3. 89, gegen 6.30 Uhr, erstmalig - Bereich Grothwohlstraße, Am Dom, Mittwoch festgestellt Puschkinstraße, Grüne Straße, Großer Moor, Theater, Schloß, Freilichtbühne und Schleifmühlenweg
- 19. 3. 89, gegen 19.20 Uhr, erstmalig - Bereich Feldstraße, Kehr wieder, Sonntag festgestellt Schäferstraße
- 4. 4. 89, gegen 9.20 Uhr festgestellt - Schleifmühlenweg/Schloßpark Dienstag Tatzeit zwischen 7.45 Uhr und 9.20 Uhr
- 7. 4. 89, gegen 8.30 Uhr, festgestellt - Bereich Puschkinstraße, Pfaffen-, Freitag straße, Am Dom
- 11. 4. 89, gegen 4.00 Uhr erstmalig - Bereich Bergstraße, Großer Moor, Dienstag festgestellt - mögliche Moorpassage, Stellingstraße, Jäger- Tatzeit 10. 4. 89, weg, Schloßgarten, Nähe Schleif- zwischen 18.00 u. 21.00 mühlenweg, Weinbergstraße und Lennestr. (ZK-Institut)



2

Die verbreiteten Handzettel haben die Abmessungen von 7cm x 10cm und bestehen aus pinkfarbenem bzw. gelbem relativ dünnem holzfreiem Papier - evtl. von sogenannten Stapelblöcken, wie sie als Notizzettel Verwendung finden.

Die darauf befindlichen Texte sind mit Buchstabentypen aus einem Stempeldruckkasten der Typenbezeichnung Viktoria 303 zusammengesetzt und mit schwarzer Ausziehtusche auf den Spureträger gestempelt.

Es liegen drei verschiedene Texte vor:

- "Stell Dir vor,
es ist Wahl,
und KEINER geht hin." (pinkfarbene Handzettel)
- Die Ostsee stirbt.
Die Nordsee stirbt.
HURRA - WIR LEBEN! (gelber Handzettel)
- FREIHEIT ist immer
die Freiheit des
Andersdenkenden. (gelber Handzettel)

Der Wortlaut R. LUXEMBURG RANDNOTIZ wurde nachträglich mit Buchstabentypen eines anderen Stempeldruckkastens - Buchstabentypen sind kleiner - aufgedruckt.

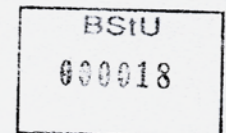
Bei dem Erstanfall am 15. 3. 89 wurde gegen 6.30 Uhr eine weibliche Person festgestellt, die sich unmittelbar an einem der Tatorte - Durchgang Grüne Straße/ Schlachtermarkt - in verdächtiger Weise zu schaffen machte und von der folgende Personenbeschreibung vorliegt:

- weiblich
- schlank
- ca. 165 - 170 cm groß
- ca. 30 - 40 Jahre alt, mehr ca. 30 Jahre
- Haare hinten schulterlang. Ohren bedeckt, aber an Ohrenpartie kürzer, so daß nur Ohren bedeckt
- mittelblond, gepflegt
- lockig, nach hinten gekämmt, Stirn bedeckt
- Nase, Gesicht und Mund unauffällig, aber keine näheren Angaben möglich
- Augenbrauen nicht buschig und nicht gezupft
- ovale Gesichtsform
- keine Auffälligkeiten
- keine Brille, keinen Schmuck
- ohne Kopfbedeckung
- Bekleidung (vermutlich) - knielanger, beige-brauner Mantel mit Gürtel, nicht auf Taille gearbeitet
 - keine Kaputze, kein Stehkragen
- (vermutlich) - Hose, Fußbekleidung nicht erinnerlich
- evtl. Tasche mitgeführt
- insgesamt unauffällige Erscheinung, Bekleidung nicht hochmodisch

3

Zwischenzeitlich wurde bekannt, daß in verschiedenen Städten der DDR die gleichen Flugblätter verbreitet wurden, so u. a. am

- 13. 3. 89 in Stendal
- 28. 3. 89 in Dresden
- 30. 3. 89 in Magdeburg
- 4. 4. 89 in Leipzig
- 6. 4. 89 in Halle.



Insgesamt wurden ca. 500 Exemplare dieser Flugblätter aufgefunden.

Da die bisherigen Überprüfungen keine direkten Hinweise auf die Hersteller bzw. Verbreiter dieser Flugblätter ergaben und möglicherweise eine noch höhere Anzahl dieser Zettel gedruckt wurden und zur Verbreitung gelangen können, sind alle geeigneten offiziellen und inoffiziellen Möglichkeiten im Verantwortungsbereich zur Erarbeitung tatbezogener Hinweise zu Personen zu nutzen.

Insbesondere geht es um die Erarbeitung von Informationen/Hinweisen:

- zu dem für die Tat benutzten Spureträger - pinkfarbene und gelbe Handzettel - A7-Format - 7x 10cm - Stapelnotizblock;
- über den Besitz/Umgang mit Stempeldruckkästen im privaten/dienstlichen Bereich;
- zu Personen, die sich in den genannten Tatorten und zu den -zeiten in verdächtiger Weise bewegt haben;
- zu Personen, die mit textlichen Inhalten der Flugblätter mündlich in Erscheinung treten/traten.

Alle erarbeiteten sachverhaltsbezogenen Informationen/Hinweise zum genannten Vorkommnis bitte ich Sie, mir umgehend mitzuteilen.

Löbke
R ö b k e
Oberstleutnant

Abteilung XX

Schwerin, 15. 4. 1989

BSU
000019

E r g ä n z u n g
zur Fahndungsinformation

Am 14. 4. 1989, gegen 0.47 Uhr wurden erneut in Schwerin Handzettel in Hausfluren, an Schaufensterscheiben, Laternenmasten und Schaukästen der Straßenbereiche Seestraße, Bleicherstraße, Brunnenstraße, Eisenbahnstraße, Demmlerstraße sowie auf dem Dwang und Schwerin-Görris - Kirchenweg (Gartenanlage) und Schulzenweg - festgestellt.

Für die Tathandlungen Dwang/Görris wurde der Weg am Eisenbahndamm zum Dwang in Fortführung durch die Gartenanlagen Görris (sogenannter Kirchenweg) bis zum Schulzenweg - Einmündung gegenüber der Gaststätte "Zum grünen Kranze" - in Görris benutzt, dann den Schulzenweg entlang in Richtung zur Verbindungsstraße Görris-Krebsförden.

Die Tathandlung erfolgte vermutlich im Zeitraum vom 13. 4. 89, ab 21.00 Uhr, bis 14. 4. 89, 0.47 Uhr.

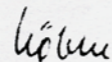
An mehreren Tatorten konnten übereinstimmende Schuheindrucksuren gesichert werden. Hierbei handelt es sich um eine Gummiformsohle mit Wellenprofil der Schuhgröße 39 (Sohlenlänge 26 cm).

Durch inoffizielle und offizielle Möglichkeiten ist zu prüfen:

- Wer hat im genannten Tatzeitraum vom 13. 4. 89, ab 21.00 Uhr, bis 14. 4. 89, 0.47 Uhr, in den Ereignisortbereichen Personenbewegungen bzw. tatverdächtiges Verhalten von Personen festgestellt?
- Von welchen Personen ist bekannt, daß diese sich aus welchen Gründen auch immer in den genannten Bereichen der Ereignisorte aufgehalten/bewegt haben?
- Welche IM haben ein Gartengrundstück in den Gartenanlagen Dwang - Görris und sich im genannten Tatzeitraum evtl. dort aufgehalten bzw. tatbezogene Feststellungen getroffen oder können im nachhinein tatbezogene Informationen erarbeiten?
- Hinweise zu Personen, die Schuhe mit einem derartigen Wellenprofil in der Schuhgröße 39 tragen.

Anlagen

Leiter der Abteilung



R ö b k e
Oberstleutnant

BSTU 0038

Abteilung III

Neubrandenburg, 17. 4. 1989

Tonbandabschrift

entgegenen.: Oblt. Ulrich
am: 6. 4. 1989
Quelle: IMS "Michael"

Information zu Wahlvorbereitungen in der Stadt Pasewalk

In der Vorbereitungsphase wurde mir bekannt, daß ich auch wieder als Wahlhelfer und als Helfer im Wahllokal vorgesehen war. Offiziell wurde mir das aber auf eine absolut unmögliche Weise mitgeteilt.

Mir wurde ein Zettel übergeben, ca. 5 cm breit und so lang wie ein DIN-A4 Blatt, worauf die Mitteilung stand, wo ich wann hinkommen sollte und ich wäre für die und die Funktion vorgesehen. Im Prinzip war dies nur die Einverständniserklärung.

Die Kollegin, die mir dies übergeben sollte, die Frau [REDACTED], wohnt genau über mir. Ihren Sohn hatte sie beauftragt, diesen Zettel in meinen Briefkasten zu stecken, aber dieser hat besser reagiert und übergab mir diesen Zettel mit der Bemerkung, daß ich ja zu Hause sei und er ihn nicht in den Briefkasten zu stecken braucht.

Auf Grund der Art und Weise, entgegen allen demokratischen Vorstellungen die wir haben, habe ich dieses Anliegen abgelehnt. Dies wurde vom Rat der Stadt stillschweigend akzeptiert und inwieweit man sich mit der Frau [REDACTED] auseinandergesetzt hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

gez. "....."

Verteiler

1 x KD Pasewalk
1 x AKG
1 x III/A-I
1 x IM-AA

BSTU
0112
2110

" Michael Groß "

angenommen am : 24.04.89
durch : Hptm. Skupin
Ort : Az. des IM
2 Exemplare

Mündliche Information des IM

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Wahlen gab der IM folgende Information :

Im Vorbereitung auf die Wahlen gib es nach wie vor noch erhebliche Probleme, viele Ungereimtheiten und manchmal ist es so, daß einer dem anderen den " schwarzen Peter " zuschieben will. Besonders gilt das für die Hauptbeteiligten.

Soweit eine bisher nicht überprüfte Information aussagt mußte das Sekretariat der BL in Berlin beim Polibüro berichterstaten zu den Wahlen und dabei soll unter dem Strich rausgekommen sein, daß der Bezirk Schwerin der Schlechteste war, im Bezirksmaßstab soll Güstrow auch ganz hinten zu finden sein. Inwieweit dies nun ausschließlich mit den Wahlen in Zusammenhang zu bringen ist, ist jedoch nicht genau bekannt.

Am letzten Freitag gab es nochmals eine Beratung in der Kreisleitung und dabei sprach Gen. SCHUBERT davon, daß wir versuchen sollen, daß " bestmögliche " Wahlergebnis zu erreichen. Dies scheint aber keine Interpretation von [] zu sein, sondern wird eher als von ganz oben kommend eingeschätzt. Auch in der BGL- Wahl des Bezirkssekretariats der Nationalen Front am 19.04. wurde in dieser Art und Weise gesprochen, eine zahlenmäßige Vorgabe, was erreicht werden soll, ist nicht mehr im Gespräch. Soweit bisher bekannt ist, gab es bis zum 21.04. in Güstrow über 200 Personen, die ihre Wahlbenachrichtigung nicht angenommen haben und nicht vor haben wählen zu gehen.

Auch in den Gemeinden gibt es zwischen dem 19.04. und 21.04. steigende Werte. So ist z.B. die Anzahl in Lahlendorf von 8 auf 20 gestiegen. Folgende Werte liegen beispielhaft noch vor :

Mißdorf	20	Lohmen	4	Plaaz	4
Laage	35	Zehna	15	Weitendorf	7
Gülzow	13	Recknitz	4		

In etwa ergibt das für die beiden Tage 19.04. und 21.04., daß es am
19.04. 24890 Annahmen der Wahlbenachrichtigungskarten gab- etwa 88 %
21.04. 26360 etwa 94 %

Die vielen Pannen die es gibt zeugen auch davon, daß nicht alle Partner ihre Aufgabe wahrnehmen, bzw. sie überhaupt nicht kennen. So gab es in der vergangenen Woche einen Fall, da mußte eine Frau für ihren Mann die Wahlbenachrichtigungskarte mit übernehmen. Dieser ist aber bereits seit 3 Jahren tot. Gleichfalls erhielt sie für ihren Mann eine Einladung des FDGB- KV, daß ihr Mann auf der Ehrentribüne teilnehmen sollte.

In einem anderen Fall sollte ein Wahlhelfer Karten übergeben an Leute, die leben bereits seit 2 Jahren in der BRD und im Zusammenhang mit der Person [] beschäftigt im der [] ging es in der letzten Woche soweit, daß der FDGB noch das Mandat zurückzog. Angeblich könnte die [] keine Vertrauensperson für die Wähler darstellen. Die [] wurde in ihrem Arbeitskollektiv geprüft und bestätigt jetzt engagiert sie sich in Vorbereitung auf das Pfingsttreffen in Berlin. Grund soll angeblich gewesen sein, daß die [] bis vor 2 Jahren mal einen Freund hatte der nach drüben wollte, zu dem sie jetzt aber keinen Kontakt mehr hat.

UT28
BSTU
0113

Von [] erfuhr der IM, daß es erhebliche Probleme geben soll im Zusammenhang mit der Zuradnung der Kreistagsabgeordneten [] und []. Wenn die beiden in ihren unmittelbaren Wahlgebieten kandidieren würden, würden die mächtige Streichungen bekommen, so wurde die [] in den Raum Laage und [] nach Zehna verfrachtet. Dies resultiert sicherlich aus vielen persönlichen Verärgerungen im Zusammenhang mit getroffenen Entscheidungen in der letzten Zeit. Im Zusammenhang mit der Problematik, Annahme der Benachrichtigungs- Karten erklärte [] aus dem ACZ Güstrow in einem Gespräch, daß diejenigen, die ihre Karten nicht annehmen schön blöd sind. Damit schaffen sie sich nur Probleme. Man muß sie annehmen und trotzdem nicht wählen gehen. [] ist keiner von solchen Kandidaten, auch sonst zuverlässig, soweit bekannt ist soll er in seinem Betrieb Betriebsleiter sein.

S k u p i n
Hauptmann

Auswertung : die Inf. wurde durch den IM auftraggemäß gegeben. Die Inf. wird als objektiv beurteilt. Der IM ist objektiv in der Lage an diese Informationen heranzukommen. Es wird im Zusammenhang mit dieser Inf. erneut auf Quallenschutz hingewiesen. Inf. ist op. auswertbar zur Lageeinschätzung zu den Wahlen und geht 1x abzüglich in die Akte Wahlen des Referats A/I ein.

457189E
AKG
17420/89
BSIU
000006
27.04.89
Wal.
7.5.89

Kreisdienststelle Gadebusch

Gadebusch 27.04.89

5 89 1

die Situation in Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Es ist einzuschätzen, daß in allen Städten und Gemeinden des Kreises erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um die Kommunalwahlen am 7. Mai würdig vorzubereiten. In vielen Betrieben und Einrichtungen wurden Aktivitäten zur Erfüllung und Überbietung der anteiligen Pläne entwickelt. Die Reaktion der Bevölkerung zu den bevorstehenden Kommunalwahlen ist überwiegend positiv. Gewürdigt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Friedenspolitik unseres Staates, die in diesem Zusammenhang stehenden Abrüstungsinitiativen sowie die auf das Wohl des Volkes gerichtete Sozialpolitik.

In der Etappe der Wahlvorbereitung zeigen sich gegenwärtig jedoch im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen verstärkt Meinungsäußerungen von Bürgern, die auf eine beabsichtigte Nichtteilnahme an den Wahlen schließen lassen. Mit Stand vom 21.04.89 lagen im Kreis Gadebusch insgesamt in 164 Fällen Hinweise zu Bürgern vor, die eine Nichtteilnahme an der Wahl bekundeten (davon 108 Fälle der Nichtentgegennahme der Wahlbenachrichtigung). Im Vorfeld der Wahlen im Jahr 1986 lagen zu diesem Zeitpunkt 66 derartige Hinweise vor. Als Begründung für die beabsichtigte Nichtteilnahme an der Wahl dominieren kommunale oder persönliche Probleme.

Territoriale Schwerpunkte in dieser Hinsicht bilden die Gemeinden Carlow, Mühlen-Eichsen, Köchelstorf und Lützwow, sowie die Städte Gadebusch und Rehna.

BSIU
000007
2

Zu beachten ist, daß in der Zahl der bisher bekannten angekündigten Nichtteilnahme an der Wahl, zum überwiegenden Teil noch nicht die Mitglieder der Sekte "Zeugen Jehovas" oder andere als ständige Nichtwähler bekannte Personen enthalten sind.

Als ständige Nichtwähler traten bei zurückliegenden Wahlen u.a. in Erscheinung,

- Carlow
- Carlow
- Mühlen-Eichsen
- Gadebusch
- Gadebusch
- Wedendorf
- Wedendorf
- Pokrent
- Rehna
- Perlin

Bei vorstehenden Personen handelt es sich überwiegend um religiös gebundene Bürger und um Mitglieder der "Zeugen Jehovas".

Bei den Wahlen im Zeitraum von 1976 bis 1986 war im Kreis eine rückläufige Tendenz hinsichtlich der Nichtteilnahme an den Wahlen zu verzeichnen.

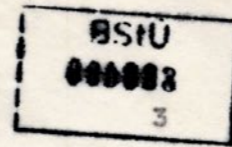
1976	-	121 Nichtwähler
1979	-	123 "
1981	-	60 "
1984	-	37 "
1986	-	32 "

Territoriale Schwerpunkte bildeten hier die Gemeinden Mühlen-Eichsen, Perlin und Pokrent, sowie die Städte Gadebusch und Rehna.

Auf folgende Probleme im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kommunalwahlen wird weiterhin verwiesen:

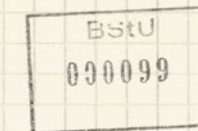
- Im Vorfeld der Wahlen wurden aus der Gemeinde Köchelstorf Informationen bekannt, deren Inhalt sich vorrangig gegen die Kandidaten Christa Weschke (Bürgermeisterin) und Jürgen Keller (Vorsitzender der LPG (P)) richteten.

Es gibt Hinweise, zu beiden Kandidaten Streichungen vornehmen zu wollen.



- Ähnlich gelagerte Hinweise liegen aus der Gemeinde Mühlen-Eichen zum dortigen [REDACTED] vor. Gegenteilige Auffassungen zum [REDACTED] resultieren aus Mängeln bei der Wahrnehmung seiner Funktion, dem zugespitzten Verhältnis zum Direktor der dortigen [REDACTED] und seinem in der Vergangenheit sichtbar gewordenen moralischen Verhaltensweisen.
- In der Vorbereitungsphase der Kommunalwahlen trat der [REDACTED] aus Bülow wiederholt und zum Teil öffentlichkeitswirksam mit negativen Auffassungen zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR auf. So lehnt er u.a. das Wahlsystem in der DDR ab, vertritt die Auffassung, daß die Bürger in unserem Staat kein Mitspracherecht haben und daß das Gerede von Demokratie in der DDR im Grunde nur eine Verblendung und Selbstbefriedigung darstellt. Die Ausstrahlung und Einwirkung des [REDACTED] auf weitere Personen aus dem Bereich Kunst/Kultur ist zu beachten.
- In Einzelfällen werden Auffassungen vertreten, während der Wahlhandlung selbst verstärkt vom Aufsuchen der Wahlkabine Gebrauch zu machen. (So z.B. stellte der [REDACTED] aus Kirch-Grenbow, das Aufsuchen der Wahlkabine vor der Stimmabgabe als notwendig und wünschenswert dar.)
- Antragsteller auf ständige Auserweisung äußerten die Absicht der Nichtteilnahme an der Wahl. Konkrete Störabsichten sind durch diese Personen bisher nicht bekannt, können jedoch auf Grund der Brisanz dieser Gesamtproblematik nicht ausgeschlossen werden.

Das am 20. und 21.04.89 in Gadebusch und Rehna in Bezug auf die Kommunalwahlen realisierte journalistische Vorhaben durch den ARD-Korrespondenten Claus Richter verlief ohne besondere Vorkommnisse und Störungen. Kontaktaufnahmen zum ARD-Fernsehteam durch feindlich-negative Kräfte erfolgten nicht. Die staatlicherseits getroffenen Maßnahmen, sowie die eingeleiteten und durchgeführten Überwachungs- und Sicherungsmaßnahmen erwiesen sich als zweckmäßig und wirksam.



13 Anklam

Anklam, den 28.4.89

Quelle: Fam. Nagel

Information zur Fam. [REDACTED] Wk. Priaman

In dieser Woche erschien die Frau [REDACTED] im Rat der Gemeinde und wollte in die Wählerliste eintrifft nehmen. Dies wurde ihr von der Bürgermeisterin Fam. Meier nicht gestattet. Ob die Ursache in der ASIA der Fam. [REDACTED] liegt und die M. dies für ihre Haltung sehr ist anzunehmen.

Durch eine Rückfrage im Kreisratbüro wurde die M. darauf aufmerksam gemacht, daß die Fam. [REDACTED] hierzu berechtigt sei.

Der M. wurde empfohlen sich vor dem Arbeitskollektiv der Frau [REDACTED] zu entschuldigen und ihr die Eintrifftnahme zu ermöglichen.

Die M. informiert am 28.4., daß sie entsprechend der Empfehlung gehandelt habe.

Reinhold
Hjt.

ZPDB
M/5-89
ZPDU
8.

Ministerium für Staatssicherheit
Abteilung M
Leiter

Berlin, 28. 4. 1989
M/1
28.4.1989

MfS/Ro 3
Eng. 0 2 0 5 8 9
Tgb. Nr. 4397
Weiter an: BA 12
1 X UD Wismar

MfS/Ro 3
Eng. 0 2 0 5 8 9
Tgb. Nr. 228/89
Weiter an: H. W. / W. G.

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Stellvertreter Operativ
Gen. Oberst Krull

Rostock

Operativer Hinweis

Die Familie
[redacted]
[redacted]
[redacted]

wendet sich mit einer Wahleingabe an den Staatsrat der DDR, wobei sie das Auftreten des Kandidaten Rosada auf der Wahlauftraktveranstaltung des Wahlkreises 3 am 11. 3. 1989 scharf kritisiert. Aufgrund der Äußerungen des Kandidaten vermutet der [redacted] Wahlmanipulation. Er beabsichtigt deshalb bei der öffentlichen Stimmenauszählung anwesend zu sein.

Das Original wurde dem Adressaten zugestellt. Als Anlage übersenden wir Ihnen eine Kopie zur weiteren Veranlassung.

Anlage
1 Kopie
lfd.Nr.: 327

Strobel
Generalmajor

BSU
000099

Familie [redacted] 24 Wismar [redacted]

BSU
000101

Wahleingabe

Die Vorbereitung von Wahlen ist mit einer umfassenden Rechenschaftslegung über bisher Erreichtes, der Aussprache über Grundfragen der weiteren Entwicklung sowie mit neuen Initiativen zur Lösung der vorgesehenen Aufgaben verbunden. Auf der Wahlauftraktveranstaltung zur Vorstellung der Kandidaten der Nationalen Front am 11.3.1989 im Wahlkreis 3, an der ich [redacted], teilnahm wurden nachdem Herr [redacted] einen Rechenschaftsbericht verlesen hatte und über die Tagesordnung abgestimmt worden war, Fragen und Probleme, die die Bürger bewegen von diesen zur Sprache gebracht. Dabei erschien es mir unverständlich, wie der Kandidat [redacted] auf Fragen der Bürger, die die weitere Entwicklung der Stadt Wismar und Umgebung betreffen in schallendem Gelächter ausbrechen kann. Desweiteren schloß Herr [redacted] seine Stellungnahme zu den an ihn gerichteten Fragen mit den Worten: " Ob sie mich wählen oder nicht, die Stadt Wismar hat 58000 Einwohner und davon werden 59000 die Kandidaten der Nationalen Front wählen! "

Dieses Verhalten sowie diese unsachliche, anmaßende Äußerung stieß bei mir und vielen anderen Einwohnern auf absolutes Unverständnis und gibt mehr als nur Grund zur Annahme, daß Probleme nicht ernst genommen werden und Herr [redacted] an seiner Persönlichkeitsentwicklung noch zu arbeiten hat, um die erforderliche Vorbildwirkung zu erreichen, die ein Kandidat der Nationalen Front gegenüber den Bürgern ausüben sollte.

Die abschließende Äußerung von Herrn [redacted] erweckte in mir den Eindruck, daß das Wahlergebnis schon feststeht. So wie ich erwarten auch viele andere Bürger, daß eine Richtigstellung dieser Erklärung und Verhaltensweise erfolgt, um aufkommende Zweifel und den Verdacht der Wahlmanipulation auszuräumen.

In Anbetracht dieser Tatsache und bezugnehmend auf die Wahlveranstaltung vom 11.3.1989 im Wahlkreis 3, möchte ich meine Rechte als Bürger laut Wahlgesetz wahrnehmen und am Wahltag bei der Auszählung der Stimmen als Beobachter anwesend sein.

Da wir auf diese Wahleingabe im Bezirk Rostock leider keine Antwort erhielten, sei es aus Unvermögen oder anderen Gründen, erbitten wir uns eine Stellungnahme von Ihnen zu diesem oben genannten Sachverhalt.

Hochachtungsvoll!

[redacted]

Wismar, den 21.4.1989

M.S.J. pi.
4.

E/ARKG 4297/88

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 27. 4. 1989
Abteilung M M/1 2838 /89
Leiter

OPG

MfS/Ro 3
 Eing. 28 04 89
 Tgb. Nr. 222
 Weiter an: 272

BStU
 000112

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Stellvertreter Operativ
Gen. Oberst Krull

Rostock

Rückgabe der Wahlbenachrichtigungskarte

Die Person

geb.am: [redacted]
wh.: [redacted]

schickt seine Wahlbenachrichtigungskarte an den Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission zurück. Er begründet seinen Schritt mit einer angeblichen Diskriminierung seiner Person durch die Staatsorgane. In hetzerischer Weise äußert er sich über die DDR und die Staatsorgane der DDR.

Das Original wurde dem Adressaten zugestellt. Als Anlage übersenden wir Ihnen eine Kopie zur weiteren Veranlassung.

Anlage
1 Kopie

Strobel
Generalmajor

ob.

Waschow den 24.48

BStU
 000114

Vorsitzenden der Wahlkommission der Republik
Genosse Egon Krenz
ZK der SED

Prüfung einer Wahlbenachrichtigung aus dem Kreis Wolgast
Am 16.4.1989 erhielt ich eine rote Karte, mit dem Aufdruck: „Wahlbenachrichtigung/Wahlbezirk 001/Blatt 019/0225 u.a.(siehe Anlage). Sollte diese Benachrichtigung gemäß Wahlgesetz und der Fassung des §25 Abs.(2) entsprechen, bitte ich Sie um Überprüfung meiner zivilen und politischen Rechte als Bürger dieses Landes.
Nach meinen Informationen und Erlebnissen mit Staatsorganen sehe ich aber darin eine bewußte Fälschung.
Seit Jahren werde ich unter der Leitung der Vorsitzenden der Kreiswahlkommission durch penetrante Mißachtung der Menschen- und Bürgerrechte, entgegen der Verfassung, auf dem Gebiet des Zivil- und Familienrechts und entgegen dem Eingabengesetz bewußt betrogen und diskriminiert.
Nach dem Gesetz zu den Wahlen zu den Volksvertretungen in der DDR, wählen B ü r g e r der DDR in Verwirklichung des Grundrechtes auf Mitbestimmung ihre Volksvertretungen, ff..
Ich werde seit Jahren und lange vor diesen Wahlen diktatorisch gezwungen meine Rechte als Mensch und Bürger in den Verfahren F 272/84 und A 21/88 (Kr.ger.Wolgast) und in über 30 Eingaben und Anzeigen zu prüfen.
Dabei wurde ich durch organisierte MfS-Mitarbeiter-Banden, korrupte Richtverbrechenschützende und -begehende Staatsanwälte, organisierte Rechtsanwaltsverbrecher, informierte und zuständige Staatsorgane, Verbrechen betrieblich leitender Genossen und SED-abhängige, organisierte FDGB-Banden von Bürgerrechten und -pflichten ausgegrenzt.
Es wurde mir durch Mißbrauch der Gesetzlichkeit Menschenrechtsverletzungen gezeigt, denen ich als „Bürger-Bedingungen nicht in der DDR folgen kann. Durch systematische Verbrechen von Genossen Ihre Partei, werde ich meines persönlichen Eigentums und meiner Lebensgrundlage beraubt, unter Mißachtung zahlreicher und internationaler Menschenrechte zum Arbeitslosen mit Berufsverbot und Wiederhölungsheimatvertriebenen entmündigt und erniedrigt.
Allein meine Registrierung durch anmaßende Staatsorgane einer Diktatur in eingezäuntem Territorium, unter der Personen-KZ [redacted], läßt mich nicht erkennen als B ü r g e r der DDR oder als ausländischer Bürger teilnahme- und wahlberechtigt zu sein.
Da Sie mit der Ergänzung zum Wahlgesetz vom 3.3.1989 und der Zustimmung des Verfassungs- und Rechtsausschusses, gemäß Art.41 und 43 der Verfassung nun auch ausländische Bürger in, eigenverantwortlichen Gemeinschaften, dem Mißbrauch korrupter Genossen und Funktionären des FDGB preisgeben und in Ihre nationale und internationale Verantwortungslosigkeit vereinnahmen wollen, distanzieren sich auch weiterhin von den Verbrechen Ihrer Kommunisten und verbitte mir künftigen Wahlmißbrauch mit meiner Person und beantrage die Streichung auf allen Wählerlisten. Entsprechend Ihrem Aufruf sehe ich es auch weiterhin als meine Pflicht an christlich und solidarisch über das Wesen dieser sozialistischen Demokratie und u.a. die wahlrechtlichen Folgen für ausländische Bürger zu informieren.

Anlage: „Wahlbenachrichtigung“
D/.

Wahlbenachrichtigung

WAHLBEZIRK 001
BLATT 019/0225

25.03.44

WASCHOW

Wahllokal
KULTURHAUS KLEIN-JASEDOW
LANGE STR 4

cfs 352

BSTU
0019

bv schwerin, 1. stellv. oberst kralisch
 bv schwerin, a k g
 bv schwerin, b k g
 bv schwerin, o d h

GVS	WVS	CFS-Nr.: 352
Datum	Zeit	Sig.
05.05.89	1542	Pa
Empf. verst. am:		um:

am 05.05.89 um 12,09 uhr erfolgte auf dem amtsanschluss 2627
 der kd hagenow folgender anrufer:

der wachhabende meldete sich mit kreisdienststelle fuer '
 staatssicherheit hagenow, guten tag, daraufhin antwortete der
 anrufer:

„, hagenow guten tag, ich haette mal einen dringenden hinweis“

danach wurde zum diensthabenden verbunden.

dh: teilnehmer

anrufer: hallo, guten tag

da: diensthabender, guten tag

anrufer: sie mueszten mal nach dodow fahren, da ist ein gewisser
 [REDACTED], der will am sonntag demonstrieren gegen
 die wahlen

dh: wie heiszt derjenige?

anrufer: [REDACTED]

dh: woher haben sie das?

anrufer: das habe ich gehoert, das ist 100 prozentig

dh: von wem denn?

anrufer: das kann ich ihnen nicht sagen, aus sicherheitsgruenden,
 muessen sie verstehen.

dh: von wo rufen sie an?

anrufer: aus wittenburg.

dh: ihren namen bitte

anrufer: das geht nicht

dh: wissen sie etwas konkretes darueber, was dort passieren
 soll?

anrufer: ja

dh: ob sie etwas konkretes ueber diese person wissen, was
 dort passieren soll durch die person

BSTU
0020

blatt - 2 -

anrufer: ja, er will wahrscheinlich demonstrieren gegen die wahl.

dh: er allein?

anrufer: hoechstwahrscheinlich, allein oder zusammen mit mehreren

dh: wo wohnt die person, wissen sie das?

anrufer: in dodow

dh: adresse haben sie nicht direkt darueber?

anrufer: nein, habe isch nicht.

dh: vorname von ihm?

anrufer: der heiszt [REDACTED]

dh: wie alt?

anrufer: [REDACTED]

dh: wo arbeitet er, wissen sie das auch?

anrufer: [REDACTED]

dh: was macht er da?

anrufer: er arbeitet im [REDACTED]

dh: naehere angaben wissen sie darueber nicht?

anrufer: nein, isch musz auflegen, auf wiedersehen

ende des gespraeches

bei der person [REDACTED], [REDACTED] geb am [REDACTED],

wh: [REDACTED] kreis hagenow, [REDACTED]

handelt es sich um ein antragsteller auf staendige ausreise
 in die brd.

[REDACTED]
 [REDACTED]
 [REDACTED]
 der sachverhalt wurde durch die abt roem. 9 der bv schwerin
 bearbeitet.

blatt - 3 -

BSTU
0021

ausgehend von der persoendlichkeisstruktur des ■ ist einzu-
schaetzen, dasz er die angekuendigte demonstrativhandlung
realisieren wird.

in abstimmung des leiters der kd mit dem 1. stellv gen oberst
kralisch wurden durch gen. oberst kralisch folgende entscheidungen
getroffen

1.
durch die kd hagenow ist die person ■ unter inoffizieller
kontrolle zu halten.

es ist zu sichern , dasz der ■ am 06.05.89 in der zeit von
15,00 bis 16,00 uhr zur kd hagenow zugefuehrt wird. diese
masznahme ist mit dem leiter der abt roem. 9 abzustimmen.

2.
■ ist bis zur schieszung der wahllokale am 07.05.89 festzu-
halten.

3.
nach erfolgter zufuehrung des ■ ist durch die abt roem. 8
eine konspirative wohnungsdurchsuchung bei ■ zu realisieren.
zielstellung : sicherung von beweisen im zusammenhang mit der
angedrohten straftat.

bv schwerin/ kd hagenow
eichhorn, osl.
cfs 62 der kd

EINGANG		TELEGRAMM		AUSGANG	
		(Nichtzutreffendes streichen)			
Dringlichkeit	GKS GVS VVS	Fu/FS-Nr.:	3547		
Absender: BV Schwerin, ZOES "Symbol 89", Leiter		70189			
Empfänger: MfS Berlin, ZOS, Leiter ; HA XX					

Schwerin , den 7. 5. 1989 197...

Tagesbericht über die Wirksamkeit der aktionsbezogenen politisch-
operativen Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und
Sicherheit aus Anlaß der Kommunalwahlen

1. Die in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen reali-
sierten politisch-operativen und politisch-organisatorischen Maß-
nahmen erwiesen sich als voll wirksam.

Der zielgerichtete Einsatz der operativen Kräfte und Mittel auf
die erkannten und ausgewiesenen Schwerpunkte sicherte das recht-
zeitige Erkennen und Identifizieren von Gefahrensituationen.
Bewährt hat sich die stabsmäßige Leitung und Führung aller
politisch-operativen, organisatorischen und Maßnahmen des
politisch-operativen Zusammenwirkens. Hierin eingeordnet ist die
mehrfache komplexe, sach- und personenbezogene Information des
1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED und leitender Staats-
funktionäre zur Sichtbarmachung der sicherheitspolitischen Lage
vor den Kommunalwahlen sowie des Verweises auf Lücken und Mängel
in der staatlichen Tätigkeit in ausgewählten Bereichen der Ge-
sellschaft.

Es wurde bis unmittelbar vor Beginn der Kommunalwahlen auf ge-
eignete Weise Einfluß genommen auf die Wahrung der Gesetzlichkeit
und die Beseitigung begünstigender Bedingungen für das Wirksam-
werden feindlich-negativer Kräfte.

Alle Wahllokale des Bezirkes Schwerin öffneten pünktlich. Die Ar-
beitsfähigkeit entsprechend den zentralen Orientierungen war ge-
währleistet. Die Ordnung und Sicherheit war überall und jederzeit
gewährleistet. Dazu hat auch die durchgängige Anwesenheit von
operativen Mitarbeitern im Bereich der Wahllokale beigetragen.

Durchschläge/Durchschriften:Stk. Geschrieben: Gesehen: *[Signature]*

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

1766-XIX 12

BSU
090151

Gnd, 07.05.89

[Handwritten signature]

Information Wahlbezirk 48B

Im Wahlablauf war auffällig, daß bis gegen 14⁰⁰ sehr wenig Bürger der Hausgemeinschaften Helsinki-Ring [redacted] u. [redacted] anwesend waren. Diese Information wurde der finn. Biederstedt gegeben. Im weiteren Wahlablauf und durch die steigende Wahlurne konnte erreicht werden, daß nur noch ca 30% nicht an der Wahl teilnahmen. Diese Bürger wurden nicht angetroffen.

Von anderen - nicht personalisiert - wurde geäußert, daß die nicht zur Wahl gehen werden. Gründe hierfür wurden nicht bekannt.

Es kann ^{nicht} ausgeschlossen werden, daß diese Bürger von [redacted] u. [redacted] wh. Helsinki-Ring [redacted] neg. beeinflusst wurden. Die [redacted] beschrieb ihren Wahlzettel mit der Bemerkung, daß sie seit über 2 Jahren nach einer Doppel-Liege läuft und nichts bekommt. Die [redacted] trat im Wahllokal lautstark in Erscheinung und sagte zum Wahlvorstand "Wie sie hier sitzen, das kann ich mir nicht leisten. Meine Arbeit ist kalt, schwer und dreckig". Die [redacted] ist der Quelle bisher nicht bekannt gewesen.

Weitere personalisierte Gegenstimmen:

- [redacted]

- [redacted], [redacted] wh. Helsinki-Ring

* [redacted] VSH nicht erfasst

[Handwritten signature]

Dienst Einheit 1766-XIX 12

BSU
090152

Datum 08.05.89

Sichtvermerke
[Handwritten signature]

Treffbericht

Kategorie/Deckname IMS, CL. Conrad

Datum/Zeit	Treffort	Mitarbeiter	Teilnahme durch Vorgesetzten
08.05.89 11 ⁰⁰ - 12 ³⁰ Uhr	IMK / UW "Besq"	Müller / H/L	
Nächster Treff	am	Zeit	Treffort
	18.05.89	11 ⁰⁰	UW u. Besq
Ausweichtreff	am	Zeit	Treffort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33		
2																								2										

Treffvorbereitung:
(z. B. Treff geplant / kurzfristig festgelegt, Kurzfassung des geplanten Treffablaufes, Schwerpunkte der Auftragserteilung, Instruierung, Erziehung und Befähigung)

- Der Treff ist geplant.
- Der IM hatte zur Aktion "Symbol 89" folgende Aufträge:
 - + Ergänzung zum Wahlergebnis
 - Gegenstimmen
 - Nichtwähler
 - + Klärung des Ausgangs inf. Nichtwähler Helsinki-Ring
 - welche Personen nahmen aus welchen Gründen nicht an der Wahl teil
 - wie war die Einflussnahme der finn. Biederstedt

Treffauswertung:

(z. B. Hinweis auf Inhalt der Berichterstattung, entspricht Auftrag der Einsatzrichtung, Verhalten des IM, Anzeichen von Unehrlichkeit/Unzuverlässigkeit/Dekonstruktion, op. Wert und Objektivität der Berichterstattung, Verwertung der erarbeiteten Informationen, ideologische Probleme, erzieherische Maßnahmen, Zuwendungen)

Der Treff fand wie geplant statt.
Der IM übergab eine Aufstellung der Nichtwähler des Wahlbezirks 48B und berichtete ergänzend zum Wahlergebnis.
Im weiteren Treffverlauf berichtete der IM zu den Ergebnissen der Prüfung der Inf.-zu-Nichtwählern Helsinki-Ring [REDACTED] (s. Bericht)

Dem IM wurde für seine Einsatzbereitschaft bei der Lösung der Aufgaben = Rahmen der Aktion „Symbol 89“ gedankt.
Mit dem IM wurde das akt. pol. Gespräch geführt.
Der Treff verlief ohne Vorkommnisse.

BSU
090153

Neuer Auftrag und Verhaltenslinie

M/S erfolgte beim planmäßigen Treff.

Bemerkungen des Dienstvorgesetzten

BSU
090154

Bemerkungen: Der IM übergab eine Aufstellung der Nichtwähler des Wahlbezirks 48B.

In seiner mündl. Ergänzung zum Wahlergebnis teilte der IM mit, daß

- ca 10% aller Wahlberechtigten die Wahlkabine benutzten
- 19 Gegenstimmen erfolgten
- auf 14 Stimmzetteln mehrere Kandidaten gestrichen waren
- auf 7 Stimmzetteln einzelne Streichungen erfolgten.

Die Spitzenkandidaten [REDACTED] und [REDACTED] erhielten insgesamt 37 bzw. 30 Gegenstimmen.

Maßnahmen: Der Bericht wurde abschriftlich an die KO Gwd zur weiteren op. Auswertung im Rahmen der Aktion „Symbol 89“ übergeben.

J. Las / Hptm

Bemerkungen: Durch den Ltr. der UD Gwd erfolgte die Ausgangsinformation an den op. MA über eine Konzentration von Nichtwählern in Gwd, Helsinki-Ring [redacted] Durch die über den IM eingeleiteten Maßnahmen wurde eine 100%ige Wahlbeteiligung beider Häuser erreicht.

Die Berichterstattung zeigt jedoch auch, daß die von der fern. Biederstädt gegebene Ausgangsinformation über die angebliche Konzentration von Nichtwählern nicht der Tatsache entspricht. Die fern. Biederstädt löste mit ihrem Auftreten im Wahllokal lediglich Unruhe und Heftigkeit beim Wahlvorstand aus. Durch die fern. Biederstädt erfolgte nicht die richtige pol. Einflussnahme.

Die Berichterstattung wurde dem Ltr. der UD Gwd abschriftlich übergeben. Die Info wird durch OSK Erfurt mit dem 1. Sekr. der SED KL Gwd ausgewertet.

BSU
090156

J. L. H. P. H. [Signature]

BSU
090157

Grifwald, den 25.89

Information

Ausgehend von der finnl. Information (Meldung 12⁰⁰ Wahlbeteiligung an das Stadtwahlbüro) wurde durch die Stadtwahlkommission mitgeteilt, daß die Genm. Ilse Biederstädt im WS 48A+B mit einer Arbeitsgruppe auftritt. Diese Information wurde dem Gen. Krüger, H.-J., Beauftragter der SED-KL durch Gen. Baudeme übermittelt. Gegen 14.50 erschien Ilse Biederstädt mit einem weiteren Genossen in Aufstufungsraum WB 48A+B.

Die beiden Leiter der Wahlvorstände, Dr. König und Peter Hatten sowie Gen. Krüger und weitere Mitglieder der Wahlvorstände berieten über konkrete Maßnahmen, die sich aus der Analyse der Wahlbeteiligung gegen 14⁰⁰ Uhr ergeben hatten.

Zu dem Zeitpunkt bröckelten die Häuser Hels. ring 20 u. 21 schwerpunktmäßig auf die vor dem Einsatz der Wahlurnen konzentrierten. Aus diesem Gespräch ermittelte die Genm. Biederstädt, daß hier eine Konzentration von Wahlverweigerern vorhanden ist.

Ihre Reaktion darauf bestand in der Appellation der anwesenden Mitglieder der WV, die Botschaft zum politischen Gespräch aufzufordern, um eine Wahlbeteiligung zu erreichen.

Der weitere Wahlablauf und die Ergebnisse des Einsatzes der fließenden Wahlurnen zeigten, daß hier keine Wahlverweigerer mehr

Wohnen.

Als Einzige aus diesen Häusern trat lediglich die von mir bereits erwähnte Frau [REDACTED] auf negativ im Wahllokal auf.
Die abschließende Bearbeitung der Wählerlisten haben ergeben, dass alle Bewohner des Geb. [REDACTED] von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Nach meiner Einschätzung und in Übereinstimmung mit der Meinung weiterer Mitglieder des Wahlvorstandes entstand durch unvollständige und unsachliche Informationsweitergabe an die SED-KL eine unnötige unnötige (heißt) Atmosphäre im weiteren Wahlablauf.

Beim zweiten Erscheinen der Genm. Biederstädt gg. 16.05.89 teilte sie mit, dass die Gen. Köhler auf dem Weg ins Wohngebiet ist. Dieses bestätigt sich dann aber nicht.

Im Gegensatz zum Auftreten der Genm. Biederstädt ist die Unterstützung durch den Gen. Krippe als Beauftragter der SED-KL sachlich und ruhig gewesen.

BSU

000158

C. Conrad

BSU
0003

Kreisdienststelle Gadebusch

Gadebusch, 10.05.89

Abschlußbeinschätzung zur Aktion "Symbol 89"

1. Mit einer Wahlbeteiligung von 99,49 % wurde im Kreis Gadebusch ein den gegenwärtigen Lagebedingungen entsprechendes gutes Ergebnis erzielt. Bei den Wahlen im Jahr 1986 betrug die Wahlbeteiligung 99,88 %. Offiziell traten als Nichtwähler 89 Personen in Erscheinung, die auch als solche durch die kreislichen Organe nachgewiesen werden. Operative Erkenntnisse belegen, daß weitere 16 Personen als sogenannte "Problembürger" aus Erfahrungswerten zurückliegender Wahlen resultierend, nicht in die Wählerlisten bzw. aufgenommen bzw. "vorbeugend" gestrichen wurden. Komplikationen traten in diesem Zusammenhang am Wahltag nicht auf. Es ist aus operativer Sicht demzufolge davon auszugehen, daß real 105 Bürger des Kreises nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Bei den Wahlen 1986 wurden offiziell staatlicherseits 18 Nichtwähler nachgewiesen. Aufgrund bereits vorgenannter Verfahrensweise betrug die reale Zahl der Nichtwähler 1986 aus operativer Sicht jedoch 35.

Die Anzahl der abgegebenen ungültigen Stimmen (11) war unerheblich. Die betreffenden Stimmzettel waren vorrangig mit der Beschriftung "ungültig" versehen. Stimmzettel mit Aufschriften oder Zeichen negativ-feindlichen Inhalts traten nicht auf.

Zu den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 war ein verhältnismäßig hoher Anstieg von Gegenstimmen zu verzeichnen. Im offiziellen Wahlergebnis werden 61 Gegenstimmen gegen den Wahlvorschlag der NF für den Kreistag ausgewiesen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die in den Sonderwahllokalen aufgetretenen 31 Gegenstimmen keine Berücksichtigung fanden, so daß von einer realen Zahl an Gegenstimmen gegen den Kreistag von 92 auszugehen ist. Im Gegensatz zur Nichtberücksichtigung der Gegenstimmen aus den Sonderwahllokalen im Gesamtergebnis, erfolgte jedoch eine Einbeziehung der anderen in den Sonderwahllokalen erzielten Werte (Anzahl der Wähler, ungültige Stimmen) in das Gesamtergebnis des Kreises. (Vorgenannte Probleme wurden durch IM in Schlüsselpositionen bekannt und sind nicht offiziell auswertbar.)

BStU
000190

Kreisdienststelle Greifswald

Greifswald 11. 5. 1989

4

29 89

erste Reaktionen unter der Bevölkerung zu
den Ergebnissen der Kommunalwahlen am 7.5.89

BStU
000191

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Erste der Kreisdienststelle Greifswald vorliegende Informationen über den Ablauf und die Ergebnisse der Kommunalwahlen belegen, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die veröffentlichten Zahlen mit Genugtuung aufgenommen hat.

Andererseits belegen Informationen aber auch, daß vereinzelt in einigen Bereichen Erstaunen über bzw. Zweifel an den Zahlen über die Wahlbeteiligung, die Anzahl der Gegenstimmen sowie der ungültigen Stimmen zum Ausdruck gebracht wurden.

Die in meiner Information 27/89 vom 27. 4. 89 angekündigten Aktivitäten von Antragstellern auf ständige Ausreise, in der ESG, im Arbeitskreis "Frieden und Gerechtigkeit" der evangelischen Stadtjugendarbeit sowie im "Friedenskreis" der Christuskirche tätigen Personen zur Teilnahme an der Auszählung der abgegebenen Stimmen wurden in 21 Wahllokalen festgestellt. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Informationen und ihrem Vergleich untereinander wurde durch diese Personenkreise eine Wahlbeteiligung von ca. 94 % "errechnet" (Die Information ist nicht offiziell auswertbar). Da zu diesem Zeitpunkt die offiziellen Angaben über das endgültige Wahlergebnis noch nicht veröffentlicht waren, ist mit weiteren Reaktionen dieser Personenkreise zu rechnen, wovon ich ebenfalls informieren werde.

Die Studentin der Ernst-Moritz-Arndt-Universität

██████████, ██████████
5. Studienjahr Mathematik/Diplom

verfaßte einen Artikel, den sie an der Wandzeitung im Studentenwohnheim III Makarenkostraße anbrachte. Im Artikel erläutert die ██████████ auf 2 A4-Seiten, welche Bemühungen sie unternommen habe, um herauszubekommen, wann die Stimmauszählung des Sonderwahllokals in der Sporthalle "W. Seelenbinder"/Schönwalde II erfolgt. Fast minutiös wurde von ihr dargestellt, wann sie sich am 6. 5. 89 zwischen 8.00 und 12.00 Uhr an wen gewandt hatte, um die angestrebte Auskunft zu erhalten. Nach ihren eigenen Darlegungen begann sie ihre Erkundigungen beim Zentralen Wahlbüro und beendete sie beim Staatsrat der DDR bzw. beim MdI.

Die ██████████ bezeichnete diese Verfahrensweise als undemokratisch und schloß ihre Ausführungen ab mit dem Satz: "Auf eine neue demokratische Wahl".

Durch Genossen der Sektion Mathematik wurden Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit der ██████████ eingeleitet. Das Schreiben wurde entfernt und Gegenartikel durch positive Studenten angebracht.

Dem MfS ist bekannt, daß sich die ██████████ innerhalb des "Friedenskreises" der Christuskirche engagiert und in der Vergangenheit mehrfach politisch negativ in Erscheinung getreten ist.

BStU
000192

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

An der Auszählung der Stimmen im Wahlbezirk 81, Wahllokal im Studentenwohnheim II nahmen u. a. 4 Studenten teil, von denen

2. Studienjahr Deutsch/Geschichte

massiv forderte, der Auszählung direkt beizuwohnen, d. h. die Stimmzettel selbst zu kontrollieren, was ihm jedoch verwehrt wurde.

ist bereits mehrfach mit politisch unklaren und oppositionellen Auffassungen in Erscheinung getreten.

In der Jugendbrigade "Anne Frank" des SGB Textil Greifswald (Großhandel) wurden in Pausengesprächen die Ergebnisse der Kommunalwahlen stark diskutiert. Von einzelnen Personen, u. a. die parteilose Kollegin , wurde dabei geäußert, daß sie den veröffentlichten Zahlen keinen Glauben schenken. Nach Meinung eines weiteren Kollektivmitgliedes () sei das Wahlergebnis "passig gemacht worden". Bei diesen Äußerungen beriefen sich die Beteiligten auch auf Zweifel, die vom Fernsehsender RTL in die Kommentare eingebunden waren. Einwände einzelner SED-Mitglieder, daß die veröffentlichten Angaben in der heutigen Zeit ganz einfach stimmen müssen, weil selbst geringste Abweichungen von westlichen Massenmedien ausgeschlachtet werden würden, wurden nicht von der Mehrheit des Kollektivs akzeptiert.

Innerhalb der Klasse AP 1 (1. Studienjahr) der Medizinischen Fachschule Greifswald versuchte die Schülerin gegen den demokratischen Charakter der Volkswahlen Stimmung zu machen. Dabei äußerte sie, daß eine ihrer Bekannten in Berlin im Rahmen ihrer Funktion im Vorstand des Wahlbezirkes diejenigen auf der Liste kenntlich machen mußte, die die Wahlkabine aufgesucht hatten. Sie äußerte weiterhin den Vorschlag, eine Eingabe an den Genossen Honecker zu richten, in der Fragen nach dem weiteren Kurs in unserer Politik allgemein, zur Jugendpolitik, zu den Wahlen, zu Umwelt- und Versorgungsfragen gestellt werden.

Der Leitung der Medizinischen Fachschule ist dieser Sachverhalt bekannt und es sind offensive Maßnahmen zu dessen politischer Klärung eingeleitet.

Das Mitglied des Musiktheaters schlug am 9. 5. 1989 während einer Bildungsveranstaltung des Theaters Greifswald vor, statt des Schauspiels "Lenins Tod" ("Man solle nicht solche alten Sachen spielen über einen Mann, der bereits 60 Jahre tot ist...") über die "Wahlfarce und den Wahlbetrug hier bei uns" ein Stück zu spielen, "denn das wollen die Leute sehen".

Zu diesen Äußerungen gab es keinerlei Reaktion seitens der Theaterleitung und anderer Beteiligter.

Dem MfS ist bekannt, daß in der Vergangenheit aktives ESG-Mitglied war.

BStU
000193

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die eingangs der Information angeführten Zweifel an verschiedenen Ergebnissen der Kommunalwahlen nehmen gegenwärtig zum größten Teil nur einen untergeordneten Platz in der Reaktion der Bevölkerung ein. Sie traten bisher in folgenden Bereichen vereinzelt auf:

- Unter Mitgliedern der Wahlvorstände der Wahllokale 31 A und 31 B betrafen die untereinander zum Ausdruck gebrachten Zweifel die Zahl der Nichtwähler. Da in beiden Wahllokalen insgesamt ca. 100 Personen nicht zur Wahl erschienen, wurde das Ergebnis für den gesamten Stadtkreis - 462 Nichtwähler - mit ungläubigem Erstaunen aufgenommen.
- Einige Mitglieder des Wahlvorstandes des WB 21 zweifeln die Gesamtzahl von 20 ungültigen Stimmen für die Stadt Greifswald an, da die Auszählung der Stimmen am 7. 5. 89 allein in ihrem Wahlbezirk 8 ungültige Stimmen ergaben. Insbesondere die älteren Genossen des Wahlvorstandes sehen die veröffentlichte Zahl der ungültigen Stimmen als nicht real an.
- Die Mehrheit der Hochschulkader der Abt. Mikrobiologie/Molekularbiologie des VEB "Friedrich Loeffler Institut" Riems brachte Zweifel am Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Zahlen zur Wahlbeteiligung und zu den ungültigen Stimmen zum Ausdruck. Die im Kollektiv verankerten Mitglieder der SED versuchten in der Diskussion ohne deutlichen Erfolg eine Änderung dieser Haltungen zu erreichen. Mehrere parteilose Mitarbeiter stellten die Frage: "Welchen Sinn hat eine zurechtfrisierte Wahl?"
- Im VEB Nachrichtenelektronik Greifswald hat die Mehrzahl der Werktätigen nicht solche hohen Prozentzahlen erwartet. In Einzelfällen werden Zweifel an diesen Zahlen von solchen Personen geäußert, die selbst Funktionen in Wahlvorständen ausgeübt hatten bzw. die zu solchen Personen Kontakt haben. Ein geringer Teil der Beschäftigten dieses Betriebes zweifelt die statistischen Zahlen an, weil im Vorfeld der Kommunalwahlen eine Reihe von Personen auf Foren und Versammlungen so aufgetreten sind, daß eine Teilnahme an den Wahlen nicht oder eine Gegenstimme zu erwarten war. Im Bereich der Produktion und Vorfertigung des VEB Nachrichtenelektronik vertraten ein größerer Teil der Arbeiter die Auffassung, daß das veröffentlichte Wahlergebnis nicht objektiv sein kann.

Ich schlage vor, den Prozeß der offensiven Auseinandersetzung mit Tendenzen des Anzweifels des demokratischen Charakters und der Ergebnisse der Kommunalwahlen insbesondere am Theater, im VEB Nachrichtenelektronik, im VEB "Friedrich Loeffler Institut" Riems und im SGB Textil zu unterstützen.

Leiter der Kreisdienststelle

W. Stamer
Erfurth
Oberstleutnant

Abteilung XX

BSTU 0001

Neubrandenburg, 17. Mai 1989
 bec-pe 2475
 A-I/ 899 /89

Dokument ist zu behandeln
 gemäß Ziffer 4.5. der VS-Ordnung

A K G
 Leiter

gefertigt: 3 Exemplare, davon
 1 Exemplar AKG
 2 Exemplare Abt. XX

Aktion "Symbol 89"
 Berichterstattung zum 17. 5. 1989

Mit der (ursprünglichen?) politischen Zielstellung,

1989 ein besseres Wahlergebnis als zu den vorangegangenen
 Wahlen zu erreichen,

sowie der Maßgabe,

mit einem solchen Wahlergebnis die Einheit von Volk -
 Partei - Staat nachhaltig zu unterlegen,

ist aus dem vorliegenden, z. T. streng intern bekanntgewordenen
 anlaßbezogenen Informationsaufkommen ein IST-Zustand sichtbar,
 der sich wie folgt äußert:

Das Wahlergebnis vom 7. Mai 1989 steht in keiner Übereinstimmung
 mit dem allgemeinen, insbesondere dem kömmunalpolitischen
 Stimmungsbild!

Bei Bewertung aller vorliegenden Informationen muß davon aus-
 gegangen werden, daß diejenigen, denen eine wahlbezogene Ver-
 antwortung übertragen war (Bezirkswahlbüro/Kreiswahlbüros),
 sich in "bewährter" Art und Weise für das Wahlergebnis enga-
 gierten.

Die Eingrenzung dieser Verantwortung auf einzelne und deren
 Interesse an einer solchen Eingrenzung (z. B. Leiter des Be-
 zirkswahlbüros, Genn. Gabel) waren dabei im besonderen ge-
 eignet, zentralen politischen Erwartungshaltungen zum
 Wahlergebnis gerecht zu werden.

10.8.89 E

Gen. Kptm. Bedwitz
 im Komplex Wahlen siehe obigen
 An.

Selbst
 BR 1

Rf. (A-) - zu Heege

fr. 19.5.89

BSTU 0002

2

Suggestiert wurden solche Erwartungshaltungen u. a. mit Be-
 zug zum Komplex der Gegenstimmen durch Aussagen eines Mit-
 gliedes (Gen. A. Semmler) des Zentralen Wahlbüros gegenüber
 dem BWB:

"... was den Kreis betrifft sei das ja unüberschaubar -
 falls was zu hoch ist, kann man es eliminieren!"

"... wenn für kleinere Orte und Gemeinden auch im Sonder-
 wahllokal gewählt wurde, muß man natürlich vorsichtig
 sein - da das doch sehr überschaubar ist!"

Mit diesen Ausgangspunkten kann zum Zustandekommen des bezirk-
 lichen Wahlergebnisses, diesbezüglichen Zwischenergebnissen
 am Wahltag (streng intern unterlegt) festgestellt werden:

- Die offiziellen Zwischenergebnisse zu den festgelegten Zeiten
 am Wahltag waren willkürliche Angaben und stellten in der
Regel die günstigste Zahl aus einem vorbereiteten Spektrum dar.
- Ein bestimmendes (diktatorisch-resolutes) Auftreten des Leiters
 des Bezirkswahlbüro gegenüber den untergeordneten Gremien
 war darauf ausgerichtet, die günstigsten (höchsten) Zahlen zu
 "verkaufen".
- Angaben zu Nichtwählern wurden z. T. nach Befinden "ermittelt" -
 u. a. mit Bezug zur Größe einzelner Städte.

Von solcher Vorgehensweise im Einzelfall abweichende Positionen
 maßgeblich Verantwortung Tragender:

"Wenn wir nicht auf 99,9 % kommen, sondern nur auf 95 %, dann
 ist das immer noch gut, 80 % sind auch gut."

hatten letztlich keinen Einfluß auf das bezirkliche Wahlergebnis,
 das im Vorfeld wie folgt kommentiert wurde:

"... manche Leute, auch im anderen Haus (BL-SED - Anmerkung
 des Verfassers), wissen ja gar nicht, wie sich manche Er-
 gebnisse in den letzten Wahlen vollzogen haben!"

"... eigentlich dürfen wir gar nicht sagen, wie wir
 welche Ergebnisse bekommen haben, dann sagen sie nachher
 noch, wie konntet ihr denn das machen."

"... bin fest davon überzeugt, daß einige Hohe gar nicht
 wissen, wie was zustande gekommen ist. Und da müssen
 wir ja auch sehr vorsichtig sein, damit die uns nachher
 nicht noch Parteifeindlichkeit nachweisen."

BSTU 0003

3

Unmittelbar nach dem Wahltag äußerte sich der Vorsitzende der Bezirkswahlkommission, Gen. H. Simkowski, in einer Arbeitsberatung am 9. 5. 1989 sowie im "Unter-Vier-Augen-Gespräch" zum Wahlverlauf/-ergebnis:

- Ergebnis wird mit Freude aufgenommen, zumal es einen guten Mittelplatz im Republikmaßstab darstellt (Interne Äußerung: "... 0,8 % mehr Wahlbeteiligung wären durchaus drin gewesen. So hätte der Bezirk mit an der Spitze in der Republik gelegen.")
- Das schlechteste Kreisergebnis in Neustrelitz - "... Ist die Schuld des Ratsvorsitzenden WIEBELITZ!" (hat mit seinem Auftreten in einigen Wahlvorständen vieles durcheinandergebracht)
- Das Wahlverhalten der Bürger war insgesamt gut und sehr aufgelockert.
- Alle Wahlvorstände verhielten sich entsprechend den Einweisungen.

Wahlverhalten in Sonderwahllokalen (SWL)

Aus dem Erkenntnisstand der Abteilung XX kann das Wahlverhalten in Sonderwahllokalen mit dem am Wahltag in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden.

Nachfolgende Aussagen basieren im wesentlichen auf Angaben einer Quelle (zu 5 Wahlen in Sonderwahllokalen eingesetzt), beinhalten jedoch Verallgemeinerungswürdigkeit, Authentizität und Glaubhaftigkeit.

Die generelle Zunahme der Wahlbeteiligung in SWL (Novum in Neustrelitz = von ca. 19.200 Wahlberechtigten ca. 8.700 im SWL gewählt = 45 %) kann im wesentlichen zurückgeführt werden auf

- den Umstand, daß der Wahltag (Sonntag) dem eigenen Freizeitverhalten vorbehalten war;
- die Tendenz, sich nicht am Wahltag für politische Inhalte der Wahlen zu bekennen.

Dabei gab eine Vielzahl der SWL-Wähler ausschweifende Erklärungen für ein solches Wahlverhalten -oftmals als Entschuldigung oder aus Schamgefühl.

Die gravierende Zunahme von Kabinenwählern war 1989 eine durchgängige Erscheinung. Diesbezügliche Registrierungen in den SWL (Leiter des Bezirkswahlbüros, Genn. Gabel: "Einige haben es gemacht.") müssen eindeutig als Ausgangspunkte für einen politischen Schaden bewertet werden.

BSTU 0004

4

Mit Bezug zum SWL in Neustrelitz setzten sich die Kabinenwähler sozial zusammen aus

- . kirchlichen MA generell
- . vorrangig Jugendliche - vereinzelt spontan, dabei überwiegend sehr selbstbewußt ("Gen. Gorbatschow hat es ja vorgemacht.")
- . Angehörige der Intelligenz, aber auch Arbeiter
- . weniger, sogar selten Angestellte (... trauten sich wohl nicht).

Die Zunahme von öffentlichen und demonstrativen Streichungen auf den Wahlscheinen (".. seht, ich habe gestrichen ...") war wiederholt mit Forderungen verbunden, im Nachhinein zu erfahren:

- . welche Kandidaten, wie oft gestrichen wurden?

Neben solchem Wahlverhalten zeigte sich andererseits tendenziell Resignation, Gleichgültigkeit und Desinteresse (".. Hier habt ihr euren Wahlschein - es bleibt ja doch alles beim alten.")

Ein sichtbares Pflichtgefühl zu wählen, äußerten insbesondere ältere Bürger (".. es ist doch Wahl, und wir müssen doch unserer Pflicht nachkommen.")

Wahlverhalten kirchlicher Amtsträger des Bezirkes Neubrandenburg

Aus operativer Sicht können zu der anliegend beigefügten

Abschlußinformation der Wahlbeteiligung kirchlicher Amtsträger 1989 im Bezirk Neubrandenburg (Abt. Inneres, Rat des Bez.)

keine gegenteiligen Aussagen getroffen werden.

Die insgesamt rückläufige Tendenz der Wahlbeteiligung mit den Angaben des Jahres 1989

Wahlbeteiligung insgesamt:

Ev. Kirche	80, 7 %
Kath. Kirche	17, 4 %
Religionsgemeinschaften (RG)	89, 5 %

d. h. von

212 (ev.)	haben	171	gewählt	und	41	nicht
23 (kath.)	"	4	gewählt	und	19	nicht
19 (RG)	"	17	gewählt	und	2	nicht

insgesamt 62 Nichtwähler

kann politisch-operativen Erkenntnissen zufolge nicht auf die bezirkliche Lage zurückgeführt werden.

BSTU 0005

5

Ursachen für dieses Wahlverhalten stehen in bezug zur Gesamtlage und diese aktuell bestimmende Momente u. a.

- . staatlicher Disput mit Stolpe
- . "Verbot/Zensur" von Kirchenzeitungen
- . Umgang mit der Reisetätigkeit/-möglichkeit.

Stimmung/Reaktion

Verallgemeinert äußert sich aus der anlaßbezogenen Stimmung/Reaktion im Verantwortungsbereich eine "merkwürdige" Situation, der gegenwärtig keine verbindlichen Ursachen zugeordnet werden können.

Das bezieht sich im besonderen auf die eingangs getroffene Feststellung (auch unter Berücksichtigung anfangs genannter Aspekte), daß das Wahlergebnis nicht mit der Stimmungslage in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die den Wahlen, als einen der wenigen politischen Höhepunkte, im Vorfeld entgegengebrachte differenzierte Erwartungshaltung resultierte im wesentlichen aus

- Bezügen, die zu Umgestaltungsmaßnahmen in sozialistischen Ländern hergestellt wurden;
- einer zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung (allgemeine Erscheinung der Meckerei);
- dem komplexen Anspruch der Wahlen selbst und einer Vielzahl von Personen, die eine Nichtteilnahme an den Wahlen angekündigt hatten.

Demgegenüber zeigt sich mit dem bekannten Wahlergebnis eine tendenzielle Enttäuschung bis hin zu Aussagen wie

"Dieses Wahlergebnis ist gefälscht/manipuliert!"

Als erstaunlich wird vielfach bewertet, daß Bürger, zu denen Hinweise ihrer Nichtteilnahme vorlagen bzw. denen ein solches Verhalten aus den verschiedensten Gründen zugeordnet wurde, doch wählen waren.

Motive dafür werden gesehen in:

- Wahlteilnahme entspringt einem "Pflichtgefühl" - Gewohnheit, ohne tiefere Anteilnahme/Überzeugung;
- der Einzelne will sich keinen Ärger einhandeln bzw. sich unangenehme Fragen stellen lassen;
- der DDR-Bürger ist einerseits kritischer, was sein Umfeld betrifft, aber andererseits auch gleichgültiger (lethargisch) gegenüber politischen Themen geworden.

Leiter der Abteilung

i. V.
Dust
Major

Anlage
5 Blatt

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Der Leiter

Schwerin, 10. Mai 1989

Ministerium für Staatssicherheit
Zentrale Auswertungs- und
Informationsgruppe

Berlin

Abschlußbericht
zum Ergebnis der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989
(Anlage 3, Informationsbedarf gemäß VVS MES 0000-10/89 vom 6. 3. 89)

Entsprechend dem vorgegebenen Informationsbedarf wird nachfolgend ausschließlich über diese Aspekte der politisch-operativen Lage berichtet. Weitergehende Erscheinungen, wie sie in der Tagesinformation vom 7. 5. 1989 eingeschätzt wurden, finden dabei keine Berücksichtigung.

1. Charakterisierung der als Nichtwähler in Erscheinung getretenen Personen

Die politisch-operative Lage während der Kommunalwahlen war auch dadurch gekennzeichnet, daß im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1984 mehr Wahlberechtigte nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, mehr Gegenstimmen zu verzeichnen waren, die Anzahl ungültig gemachter Wahlscheine angestiegen ist und auch mehr Wahlberechtigte die Wahlkabine benutzten. Betrachtlich angestiegen ist die Zahl von Streichungen einzelner Kandidaten.

Im Vergleich zu 1984 bei einer Wahlbeteiligung von 99,53 % und damit ca. 2 150 Nichtwählern ist der Anstieg auf 7 080 durch die Dienst-einheiten der Bezirksverwaltung Schwerin ermittelter Nichtwähler als bedeutsam einzuschätzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1984 mehr Personen vorbeugend aus den Wählerlisten gestrichen wurden als im Jahre 1989.

Die diesbezügliche Vorgehensweise war in den Kreisen des Bezirkes Schwerin trotz einheitlicher Orientierungen sehr unterschiedlich. In den vergleichbaren Kreisen Gadebusch mit 16 706 und Sternberg mit 15 734 Wahlberechtigten wurden 16 Streichungen bzw. 450 Streichungen vorgenommen. Die politisch-operative Lage weist in beiden Kreisen keine Besonderheiten auf und ist sich ähnlich. Charakteristisch war, daß in Sternberg von diesen 450 Wahlberechtigten ca. 50 % vom Wahlrecht Gebrauch machten.

Die Zahl der Gegenstimmen im Bezirk Schwerin stieg von 299 (1984) auf 3 047 und damit auf mehr als das 10fache. Analog ist die Lage bei ungültigen Stimmen mit 74 (1984) bzw. 227 Stimmen.

Die Analyse der altersmäßigen Zusammensetzung besagt, daß

- 3,45 % der Nichtwähler Erstwähler,
- 15,25 % im Alter bis 25 Jahre,
- 47,55 % von 26 bis 40 Jahre,
- 25,40 % von 41 bis Rentenalter und
- 8,35 % Rentner

waren.

Im Vergleich zu den Volkskammerwahlen 1986 (Werte zu 1984 liegen nicht vor) stellt sich die Lage wie folgt dar. Bei den diesjährigen Wahlen machten wesentlich mehr Erstwähler nicht vom Wahlrecht Gebrauch (1986 = 1,5 %).

Die anderen Werte:

- bis 25 Jahre waren es 1986 ca. 20 %
- bis 40 Jahre ca. 40 % und
- bis Rentenalter ca. 20 % und
- im Rentenalter ca. 10 %.

Zur beruflichen Tätigkeit und sozialen Stellung der Nichtwähler liegen gegenwärtig noch keine vollständigen Angaben vor. Bezogen auf die Kreise Parchim und Ludwigslust kann folgende Aussage, was gleichzeitig den Vorinformationen der Dienststellen gemäß als allgemeiner Trend gelten kann, getroffen werden:

- ca. 50 - 60 % der Nichtwähler sind als Arbeiter in der materiellen Produktion tätig,
- ca. 10 % sind Genossenschaftsbauern,
- ca. 3 - 5 % Hoch- und Fachschulkader
- ca. 5 - 6 % Hausfrauen.

In beiden Kreisen sind kirchliche Einrichtungen. Im Kreis Parchim sind 5,6 % aller Nichtwähler als Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen bzw. Pastoren tätig.

Im Kreis Ludwigslust beträgt dieser Anteil ca. 7 %, da dort das kirchliche Krankenhaus (Kreis-Krankenhaus) "Stift Bothlehem" ansässig ist und einen entsprechenden operativen Schwerpunktbereich darstellt.

Die Antragsteller auf ständige Ausreise machten mehrheitlich vom Wahlrecht nicht Gebrauch. Ihr Verhalten am und nach dem Wahltag war weitestgehend ruhig und ohne Bezug auf die Wahlen.

Die meisten Antragsteller auf ständige Ausreise demonstrierten mit ihrem Verhalten ihr Desinteresse an der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR.

Das Wahlverhalten der hauptamtlichen kirchlichen Kräfte (Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg/Kreis Purburg, Katholische Kirche, kleine Religionsgemeinschaften) war differenziert.

Seitens der evangelischen Amtsträger nahmen 1984 lediglich 23,5 % nicht an der Wahl teil. Bei den Kommunalwahlen am 7. 5. 89 waren es dagegen 31 % Nichtwähler.

Bei den katholischen Geistlichen veränderte sich die Lage noch drastischer. 1984 nahmen 70,3 % nicht an der Wahl teil, 1989 waren es 91,7 % Nichtwähler. Während von den anderen Religionsgemeinschaften im Jahre 1984 alle Amtsträger an der Wahl teilnahmen, machten in diesem Jahr 13 % vom Wahlrecht nicht Gebrauch.

Als operativ bedeutsam ist das Verhalten von Mitgliedern der Sekte "Zeugen Jehovas" einzuschätzen. Erstmals wurden von diesen Wahlbenachrichtigungskarten entgegengenommen und am Wahltag im Wahllokal geprüft, ob sie in den Wählerlisten geführt werden. Mit dem Hinweis auf ihr Glaubensbekenntnis gaben sie danach, ohne zu wählen, ihre Wahlbenachrichtigungen ab. Dieses Verhalten ist vermutlich auf eine zentrale Orientierung ihrer Organisation zurückzuführen, die das Ziel verfolgt, daß "Nichtwählerpotential" richtig darzustellen und angeblichen Manipulationen entgegenzuwirken.

2. Detaillierte Einschätzung der Gründe bzw. Motive und weiterer Zusammenhänge in bezug auf die Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen

Die Gründe für die Nichtteilnahme an der Wahl bzw. die Nichtannahme der Wahlbenachrichtigungen sind sehr vielfältig, überschneiden sich teilweise und weichen nicht von bisherigen Gründen ab, wobei es prozentuale Verschiebungen gibt.

Der Entwicklung von Antragstellungen auf ständige Ausreise sowie der Ablehnung von Privatreisen in das NSA gemäß wurden mehr derartige Gründe angegeben als in Vergleichszeiträumen.

Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen dominieren folgende Gründe:

- Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR insgesamt und des Wahlsystems im besonderen,
- kommunale Probleme,
- ASTA, Reisen,
- "ZJ" und andere religiöse Gründe,
- Desinteresse am gesellschaftlichen Leben und Asozialität.

Politische Gründe für die Nichtteilnahme (auch bei Gegenstimmen) dominierten bei den kirchlichen Amtsträgern. Diese Standpunkte dominierten auch bei den Antragstellern auf ständige Ausreise und Kräften des politischen Untergrundes. Teilweise wurden diese Standpunkte öffentlich bekundet.

So wandte sich mit Schreiben vom 7. 5. 89 der operativ bekannte [redacted] beim Oberkirchenrat der [redacted], an den Stadtausschuß der Nationalen Front, um seine Nichtteilnahme zu begründen. Er meinte, daß "Sozialismus geschahen und nicht herbeigeführt worden (sollte)". Er wandte sich gegen "Erfolgsprählerai, Lobhuderei und Selbstbeweihrückerung im Licht der Medien". Er unterstellt "zuviel Absicht, zu wenig Vertrauen in mündige Bürger".

Veränderungen erwartete er in Richtung:

- ökologiewirksameren Ökonomieverständnisses,
- wachstumsorientierter Stadtplanung,
- innen- und außenpolitischem Feindbildabbau,
- gleichberechtigtem Reisegenehmigungsverfahren,
- behördlicher Entbürokratisierung,
- lösungsorientierter Eingabenbehandlung,
- veränderter Wahlpraxis, wie

Zulassung parteiloser Kandidaten und von Kandidaten aller gesellschaftlich wirkenden Kräfte,

Stimmzettel mit alphabetischer Reihenfolge (nicht Rangfolge) der Kandidaten mit Angabe der Parteizugehörigkeit,

Aufstellung von mehr Kandidaten als vorgesehene Mandatszahl (nicht nur Nachfolgekandidaten),

"echte Wahlmöglichkeit" jedes Einzelkandidaten (z. B. "JA/NEIN")

öffentliche Bekanntgabe der Kriterien für Stimmengültigkeit und

auf Legislaturperiode begrenzte Mandatszeit.

So, oder so ähnlich, wenn meistens auch nicht so komplex, äußerten sich viele der politisch motivierten Nichtwähler.

3. Erkenntnisse über territoriale bzw. objektbezogene Konzentrationen von Nichtwählern im Verantwortungsbereich

Territoriale Schwerpunkte für die Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen stellen im Bezirk die Kleinstädte bzw. Wohngebiete mit ausgeprägter Altbaustruktur (z. B. Schwerin) dar. So nahmen allein in Boizenburg, Kreis Hagenow (Grenzgebiet und Arbeiterzentrum), insgesamt 199 Personen das Wahlrecht nicht wahr. 1984 waren es nur 90 Personen. Mehrheitlich stammen diese Bürger aus dem Altstadt kern mit seinen vielen ungelösten Problemen.

Ähnlich zeigt sich die Lage in Wittenburg, Kreis Hagenow, wo 77 (1984 22) Wahlberechtigte nicht an den Wahlen teilnahmen.

In den anderen Kreisen ist die Lage analog, wie

	Nichtwähler 7. 5. 1989	Nichtwähler 1984
Plau, Kreis Lübz	77	15
Goldberg, Kreis Lübz	46	8
Lübz	41	8
Ludwigslust	186	68
Grabow, Kreis Ludwigslust	133	103
Houstdt-Glowe, Kre. Ludwigslust	90	34

Im Kreis Parchim mit insgesamt 382 Nichtwählern stammen 285 aus der Kreisstadt, im Kreis Perleberg ist der territoriale Schwerpunkt die Industriestadt Wittenberge mit 336 Nichtwählern von 1.650 insgesamt im Kreis. In Wittenberge gibt es viele Probleme auch ökologischer Art im Zusammenhang mit der dortigen Industrie.

Objektbezogene Schwerpunkte wurden bisher nicht bekannt. Entsprechende Überprüfungen in den territorialen Schwerpunkten sind jedoch im Gange.

4. Einschätzung des Verhaltens bzw. der Aktivitäten operativ interessierender Personengruppen nach dem Wahltag bzw. der Veröffentlichung der Wahlergebnisse

Reaktionen feindlich negativer und kirchlich gebundener Personen äußern sich nach den Wahlen zumeist entsprechend den "Argumenten" westlicher Medien bzw. feindlich-negativer Kräfte aus dem Raum Berlin.

Gestützt auf eigene "Erhebungen und Berechnungen" feindlich-negativer Kräfte aus Berlin ([redacted] und andere) und Aussagen von Pastor Eppelmann in einem über westliche Medien ausgestrahlten Interview wird von "Wahlbetrug" und "Manipulation" gesprochen. Angezweifelt werden die offiziell ausgewiesene hohe Wahlbeteiligung und die Anzahl der Ja-Stimmen.

Der im IV "Zersetzer" des ZOV "Symbol" bearbeitete Verdächtige, der zum Empfängerkreis des Schreibens von [redacted] gehörte, sprach in zynischer Form von einer "eindeutigen" Willensbekundung" der Bürger mit Bezugnahme auf die "Feststellungen" der Berliner Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit (wie in ihrem Schreiben dargestellt).

Als operativ bedeutsam ist das Wahlverhalten einzelner Pastoren zu beurteilen. [redacted], Kreis Gadebusch (bis her immer Nichtwähler), kündigte nach seiner Wahlhandlung (Kabine) seine Teilnahme an der öffentlichen Stimmauszählung an und machte davon auch Gebrauch.

Der Wahlvorstand war offensichtlich von dessen Anwesenheit beeindruckt und verunsichert. Bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses, wonach es keine Gegenstimmen gegeben habe, meldete sich Pastor [redacted] zu Wort. Er wollte wissen, wo er gegen diesen Wahlvorgang Revision einlegen könne.

Nach Beendigung der Stimmauszählung und im Kreis des Wahlvorstandes erfolgte daraufhin eine erneute, gründlichere Überprüfung aller Stimmzettel. Erst dabei wurde festgestellt, daß eine Gegenstimme gegen den Wahlvorschlag abgegeben wurde. Die Streichung der Kandidaten erfolgte kaum sichtbar mit Bleistift und stammt offensichtlich vom Pastor [redacted]. Das Wahlergebnis wurde offiziell korrigiert.

Im Kreis Parchim verhielten sich in zwei Fällen in verschiedenen Gemeinden Pastoren analog.

In der Gemeinde [redacted] nahm Pastor [redacted] ebenfalls an der Stimmauszählung teil. Er protestierte, als das Wahlergebnis - keine Gegenstimmen - bekanntgegeben wurde, und erklärte, daß sein Vertrauen in die Wahl erschüttert sei. Auch er hatte, kaum sichtbar, mit Bleistift die Kandidaten gestrichen, was übersehen wurde.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. II	Spionageabwehr
Abt. III	Funkaufklärung
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel
Abt. VII	Volkspolizei, Ministerium d. Innern
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XII	Zentrale Auskunft, Speicher
Abt. XV	Auslandsaufklärung
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. XXII	Terrorabwehr
Abt. AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
Abt. AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe – Stabsorgan des Leiters
Abt. M	Postkontrolle
Abt. roem. 9	hier gemeint Abt. IX
ACZ	Agrochemisches Zentrum
A/I	Auswertung und Information
AP	Associated Press
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASTA	Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR
Ausf.	Ausführungen
Bd.	Band
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
Bez.	Bezirk
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
Bl.	Blatt
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CFS	chiffriertes Fernschreiben
DA	Dienstanweisung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
Dok.	Dokumentation
DVP	Deutsche Volkspolizei
ELLKM	Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg
ESG	Evangelische Studentengemeinde

Fam.	Familie
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Gen.	Genosse
Genn.	Genossin
gespr.	gespröchen
GKS	Geheime Kommandosache
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GVS	Geheime Verschlusssache
Gwd	Greifswald
HA	Hauptabteilung
HA I	Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen
HA II	Spionageabwehr
HA III	Funkaufklärung, Funkabwehr
HA VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel
HA IX	Untersuchungsorgan
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
HA XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XXII	Terrorabwehr
HA PS	Personenschutz
HOG	Handelsorganisationsgesellschaft
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMK/KW	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens/Konspirative Wohnung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KL	Kreisleitung
Kr.ger.	Kreisgericht
KuSch	Kader und Schulung
KW	konspirative Wohnung
Kz.	Kennziffer
lfd. Nr.	laufende Nummer
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltr.	Leiter
MdI	Ministerium des Inneren
Meckl.	mecklenburgisch
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Nbg	Neubrandenburg
NF	Nationale Front – des Demokratischen Deutschland
Nr.	Nummer
ODH	Offizier des Hauses
OEG	Operative Einsatzgruppe
OES	Operativer Einsatzstab
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
Olt.	Oberleutnant
op.	operativ
OPK	Operative Personenkontrolle

OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PKW	Personenkraftwagen
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
Reg.-Nr.	Registriernummer
Ro	Rostock
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	Sekretär
SGB	Sozialistischer Großhandelsbetrieb
Stck.	Stück
Stellv.	Stellvertreter
Swn	Schwerin
Tel.	Telefon
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
TO	Tatort
u. a.	unter anderem
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WB	Wahlbezirk
wh	wohnhaf
WV	Wahlvorstand
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZJ	Zeugen Jehovas
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOES	zeitweiliger operativer Einsatzstab
ZOS	Zentraler Operativstab
ZPDB	Zentrale Personendatenbank
z. T.	zum Teil



Fotos: BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv/Dresden

Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de.

Kontaktdaten Berlin**Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo-Do 08:00-17:00
Fr 08:00-14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien

Tel.: 030 2324-9051/-9061
GZ.AU5@bundesarchiv.de
GZ.AU6@bundesarchiv.de

Abteilung Vermittlung und Forschung

Tel.: 030 2324-6701
gz.kw@bundesarchiv.de

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek
Tel.: 030 2324-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 2324-6731
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 2324-7181
presse@bundesarchiv.de

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

Ruschestraße 103
10365 Berlin

Öffnungszeiten Ausstellungen/Besucherzentrum:
Mo-Fr 10:00-18:00
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
„Haus 7“
Tel.: 030 2324-6699
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
www.einblick-ins-geheime.de

Stasimuseum

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
„Haus 1“
Tel.: 030 553 68 54
info@stasimuseum.de
www.stasimuseum.de

Besucherzentrum

„Haus 22“
Tel.: 030 2324-6999

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

täglich rund um die Uhr zugänglich

Bildungsteam

„Haus 1“
Tel.: 030 2324-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

Campusentwicklung und Veranstaltungen

Tel.: 030 2324-7196
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Brandenburg**Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus

Karl-Marx-Straße 7
03044 Cottbus
Aktuelle Termine finden Sie auf
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 03860 503-0
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Standort Halle**

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen**Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Thüringen**Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983
88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv
80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen
112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer
80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis
110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg
78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen
132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodel es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen
106 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89
132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei
160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“
58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi
82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR
112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi
111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung
77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen
128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag
119 S., Berlin 2018

Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.

*Herausgeber
Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin*

*Postanschrift
10106 Berlin*

*Bestellung
Telefon: 030 2324-7777
Fax: 030 2324-6739
publikation.stasiunterlagenarchiv@
bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de*



„Ein Sonderzug
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien

Quellennachweis

Bundesarchiv

– Stasi-Unterlagen-Archiv –:

- S. 9–10 (BArch, MfS, BV Rostock, BdL 3129, S. 1–2)
- S. 11–18 (BArch, MfS, BV Rostock, BdL 3043, S. 1–8)
- S. 19 (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Pasewalk 28, Bd. 1, S. 32)
- S. 20–24 (BArch, MfS, HA XX, 21900, S. 6–8, 12–13)
- S. 25–28 (BArch, MfS, BV Schwerin, Stellv. Operativ 4, S. 16–19)
- S. 29 (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Pasewalk 28, Bd. 1, S. 38)
- S. 30–31 (BArch, MfS, BV Schwerin, AIM 80/94, S.112–113)
- S. 32–34 (BArch, MfS, BV Schwerin, AKG 5 a, S. 86–88)
- S. 35 (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Anklam 30, S. 99)
- S.36–39 (BArch, MfS, BV Rostock, AKG 164, S. 99, 101, 112, 114)
- S. 40–42 (BArch, MfS, BV Schwerin, AKG 32, S. 19–21)
- S. 43 (BArch, MfS, BV Schwerin, Stellv. Operativ 7, S. 10)
- S. 44–52 (BArch, MfS, BV Rostock, AIM 387/93, S. 149–158)
- S. 53 (BArch, MfS, BV Schwerin, AKG 32, S. 3)
- S. 54–57 (BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald 53, S. 190–193)
- S. 58–62 (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, 760, S. 1–5)
- S. 63–67 (BArch, MfS, BV Schwerin, Stellv. Operativ 7, S. 56–60)

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin

Telefon: 030 2324-50

post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne
Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Abteilung Kommunikation und Wissen
10106 Berlin
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Titelfoto

Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild 89_0507_POL_Wahlen_05

Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter www.stasi-mediathek.de



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2014, Druckrate 07/22

